

mungen des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 erarbeitet wurden und denen die gemäß diesem Gesetz geschaffenen regionalen Vertretungskörper zugestimmt haben.

Unter Berücksichtigung der gegebenen Dringlichkeit wurden in den vier Planungsregionen des Waldviertels die Regionalen Maßnahmenkonzepte für die Entwicklung der gewerblich-industriellen Wirtschaft zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bereits fertiggestellt und Anfang Juni von den zuständigen Regionalen Planungsbeiräten gebilligt. Sie enthalten für die Regionen Gmünd, Waidhofen/Th., Zwettl, Horn und Krems ein ins einzelne gehendes Instrumentarium konkreter Maßnahmen, wobei jeweils angeführt ist, welche in den Landesbereich und welche in den Bundesbereich fallen.

Die Landesregierung wird daher ersucht, bei der Bundesregierung dringlich dahin zu wirken, daß

1. im Sinne der notwendigen längerfristigen Koordination der Bundespolitik mit den Maßnahmen des Landes möglichst rasch die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Zusammenarbeit im Rahmen einer offensiven regionalen Arbeitsplatzpolitik in Niederösterreich abgeschlossen wird;
2. als erste sachlich-konzeptive Aufgabe im Rahmen der Vereinbarung gemäß Z. 1 sowie auf der Grundlage der gemäß dem NÖ Raumordnungsgesetz 1976 erarbeiteten regionalen Leitbilder und Maßnahmenkonzepte ein Maßnahmen-Programm zur Lösung der dringlichen Probleme des Waldviertels und des ganzen Grenzlandes von Land und Bund gemeinsam festgelegt und koordiniert verwirklicht wird;
3. entsprechend der Vereinbarung nach Z. 1 zwischen Land und Bund sowie auf Grundlage der gemäß dem NÖ Raumordnungsgesetz 1976 erarbeiteten regionalen Leitbilder und Maßnahmenkonzepte Maßnahmen-Programme für alle Regionen des Landes von Land und Bund gemeinsam erarbeitet und koordiniert verwirklicht werden."

Ich darf diese Resolution dem Landtagspräsidium übergeben.

Meine Damen und Herren! Zweifellos ist im Rahmen unserer gesamten arbeitsplatzpolitischen Überlegungen und Bemühungen ein ganz besonderes Sorgenkind das Grenzland. Wir haben auch in allen unseren sachlichen Raumordnungsprogrammen und in den betreffenden regionalen Raumordnungsprogrammen diesen Bereich als Schwerpunkt herausgestellt. Hier muß ich auf ein Problem zu sprechen kommen, das uns ganz besondere Sorgen macht.

Es wurde seinerzeit auf unserer Laaer Wirtschaftskonferenz unter anderem die Forderung erhoben, daß zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen im Grenzland Bund und Land je 50.000 Schilling zur Verfügung stellen sollen. Der Bund hat im Laufe der darauffolgenden Gespräche dieser Regelung zugestimmt und sich bereit erklärt, Vorsorge dafür zu treffen, daß pro Dauerarbeitsplatz 50.000 Schilling bereitgestellt werden. Das Land hat seinerseits zugesichert, gemäß der Leistung des Bundes von 50.000 Schilling pro Dauerarbeitsplatz im Grenzland ebenfalls 50.000 Schilling zur Verfügung zu stellen, damit im Grenzland pro Arbeitsplatz 100.000 Schilling bereitstehen.

Leider hat der Bund bei der Durchführung seiner Zusage einen Weg gewählt, der die Erfüllung dieser Forderung äußerst erschwert, ja zum Teil unmöglich macht. Er hat sich nämlich entschlossen, die Mittel nach der Arbeitsmarktförderung bereitzustellen. Die Bestimmung des Arbeitsmarktförderungs-gesetzes geben aber nicht die Möglichkeit, die 50.000 Schilling so auszuschöpfen, wie wir uns das eigentlich gemeinsam vorgestellt haben. Wir haben uns daher, weil viele Betriebe, die die Absicht haben, im Grenzland Arbeitsplätze zu schaffen, deutlich gemacht haben, daß diese 100.000 Schilling für sie eine beträchtliche Hilfe und ein großer Anreiz wären, wiederholt an den Bund gewendet, er möge doch Vorsorge treffen, daß die Erfüllung seiner Zusage auch tatsächlich ermöglicht wird. Zahlreiche Interpellationen haben diesbezüglich stattgefunden. Zuletzt — und ich darf hier zitieren — hat der Herr Landeshauptmann am 12. Februar 1980 an den Herrn Bundeskanzler folgenden Brief geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Von zahlreichen Unternehmen des Grenzlandes wird immer dringender die Frage gestellt, wann die von Land und Bund gemeinsam präsentierte Grenzlandförderung zum Tragen kommt. Ich darf als bekannt voraussetzen, daß bei den am 16. Februar und 29. November 1979 stattgefundenen Besprechungen im Bundeskanzleramt in Ihrer Anwesenheit eindeutig festgestellt wurde, daß der Bund bereit ist, einen Beitrag von 50 Millionen Schilling zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Grenzland zur Verfügung zu stellen, sofern auch das Bundesland Niederösterreich einen gleichen Betrag für diesen Zweck widmet.

Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, kam es trotz einvernehmlich erstellter Förderungsrichtlinien immer wieder zu Schwierigkeiten bei der Vollziehung. Dem Vernehmen nach soll im Budget des Bundes 1980 keine Vorsorge für die Fortführung der

gemeinsamen Grenzlandförderung getroffen worden sein. Ferner bietet das Arbeitsmarktförderungsgesetz noch immer keine Grundlage für die gemeinsame Förderung von neu zu schaffenden Arbeitsplätzen.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß beim Land bzw. beim Landesarbeitsamt 1979 22 Ansuchen unerledigt sind, scheint eine Lösung der offenen Probleme auf Beamtenebene dringlich. Ich würde daher Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ersuchen, auf Bundesebene das Entsprechende zu veranlassen, wobei ich ausdrücklich betonen möchte, daß seitens des Landes jederzeit die Bereitschaft für ein solches Gespräch gegeben ist."

Meine Damen und Herren! Ich muß mit Bedauern das Hohe Haus darüber informieren, daß der Herr Bundeskanzler diesen Brief bis heute überhaupt nicht beantwortet hat, und das ist angesichts der Dringlichkeit des Problems wirklich nicht erfreulich. Im arbeitsmarktpolitischen Beirat vom 6. März dieses Jahres wurde unter dem Vorsitz von Herrn Landesrat Schneider dieses Thema neuerlich behandelt. Neuerlich wurde gemeinsam von allen in diesem Beirat vertretenen Mitgliedern unterstrichen, daß die 22 Ansuchen, die keiner Erledigung zugeführt werden können, dringlich einer Erledigung bedürfen und daher der Bund aufgefordert wird, die entsprechende Vorsorge zu treffen.

Meine Damen und Herren! Man hat daraufhin in Aussicht gestellt, daß mit einem Budgetüberschreitungsgesetz 1980 diese Vorsorge getroffen werden würde. Nun ist kürzlich der Entwurf eines solchen Budgetüberschreitungsgesetzes 1980 im Nationalrat eingebracht worden. Allerdings ist für diese Ausgabe, die 50.000 Schilling des Bundes für das Grenzland pro neugeschaffenem Dauerarbeitsplatz zur Verfügung zu stellen, wieder keine Vorsorge getroffen. Es ist die Rede von 50 Millionen Schilling, die für Maßnahmen im Waldviertel bereitgestellt werden sollen, um dort Arbeitsplätze zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Wir begrüßen eine Initiative für das Waldviertel ausdrücklich. Wenn mit dieser 50 Millionen Schilling-Spritze des Bundes in Aussicht gestellt wird, die von uns gemeinsam erarbeiteten Maßnahmenkonzepte für die Waldviertler Regionen mitzufinanzieren und das eine Finanzbasis für die gemeinsamen Vorstellungen von Land und Bund sein sollte, dann ist das sicher zu begrüßen, aber das, was wir für die Grenzlandförderung mit dem Bund vereinbart haben, wird damit nicht geregelt.

Gestern trat der Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates zusammen. Der Herr Finanzminister wurde von Abgeordneten der ÖVP gefragt, wie es sich denn angesichts des

Budgetüberschreitungsgesetzes mit der Grenzlandförderung verhalte. Darauf hat der Herr Finanzminister Dr. Androsch geantwortet, das, was hier drinnensteht, das hätte ja mit der Grenzlandförderung, die wir vereinbart haben, gar nichts zu tun, das sei natürlich eine andere Sache.

Bitte, meine Damen und Herren, wir müssen also daraus entnehmen, daß das, was das Budgetüberschreitungsgesetz des Bundes, das dem Nationalrat jetzt vorliegt, vorsieht, erneut nicht die Erfüllung unserer dringenden Wünsche ist, wonach der Bund budgetär vorsorgen möge, damit auch er 50.000 Schilling pro Dauerarbeitsplatz zur Verfügung stellen kann.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Punkt, der uns im Hinblick auf die Probleme des Grenzlandes besonders dringlich erscheint, und ich darf mir erlauben, auch dazu eine Resolution dem Landtag vorzulegen mit folgendem Wortlaut (Ziest):

„Resolutionsantrag

des Abg. Manndorff zur Anfragebeantwortung durch den Herrn Landeshauptmann betreffend Maßnahmen im Bereich der Arbeitsplatzpolitik; Ltg. 190/1.

Anläßlich der niederösterreichischen Wirtschaftskonferenz in Laa/Thaya wurde am 22. September 1977 die Forderung erhoben, Land und Bund mögen für jeden im Grenzland geschaffenen neuen Dauerarbeitsplatz den betreffenden Unternehmen einen Betrag von je S 50.000,— zur Verfügung stellen.

Die Bundesregierung hat die Verwirklichung dieser Forderung in den darauffolgenden Verhandlungen zugesagt. Sie hat jedoch die Regelung getroffen, daß die betreffenden Mittel aus der Arbeitsmarktförderung zur Verfügung gestellt werden. Dies hatte zur Folge, daß die Zuweisung nur nach den Bestimmungen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes vorgenommen werden konnte. Dadurch konnten die Unternehmungen pro neugeschaffenem Arbeitsplatz vom Bund fast ausnahmslos nur Beträge erhalten, die weit unter S 50.000,— lagen, obgleich sie auf Grund der vom Bund gegebenen Zusagen mit den vollen Beträgen gerechnet hatten.

Auf Grund neuerlicher nachdrücklicher Interventionen der Niederösterreichischen Landesregierung, der Bund möge für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen im Grenzland den vollen zugesagten Betrag von S 50.000,— zur Verfügung stellen, wurde seitens des Herrn Bundeskanzlers zugesagt, durch eine Neuregelung Vorsorge für die Erfüllung dieser Forderung zu treffen. Dies sollte mit dem Budgetüberschreitungsgesetz 1980 geschehen.

Nun wurde der Entwurf dieses Gesetzes

im Nationalrat eingebracht. Darin ist der getroffenen Vereinbarung erneut nicht entsprochen worden.

Die Landesregierung wird daher dringend ersucht, bei der Bundesregierung dahingehend zu wirken, daß die Beiträge des Bundes von je S 50.000,— pro neu geschaffenen Dauerarbeitsplatz vereinbarungsgemäß für das gesamte Grenzland zur Verfügung gestellt werden."

Ich darf mir erlauben, auch diese Resolution dem Herrn Präsidenten des Landtages zu übergeben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend aus unseren wirtschaftspolitischen Initiativen einerseits und der Bilanz der Erfüllung unserer Vorschläge, wie sie aus der Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes hervorgeht, andererseits doch die Schlußfolgerung ziehen und die Meinung zum Ausdruck bringen, daß eine der wichtigsten Initiativen, die wir als Land Niederösterreich ergreifen müssen, das Bemühen sein muß, den Bund zu einer koordinierten Vorgangsweise in der Wirtschaftspolitik für Niederösterreich zu bewegen.

Das, meine Damen und Herren, scheint mir eine unerläßliche Voraussetzung dafür zu sein, um zu Erfolgen zu kommen. Diese Zusammenarbeit klappt nicht, es klappt auch nicht das, was der Bund bisher in seinen Äußerungen zu dem Problem von sich gegeben hat, daß in unserem Land das Eingehen auf die unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Regionen eine besondere Rolle spielt. Ich habe den Eindruck, daß man sich seitens der Bundesregierung mit diesen Detailfragen nicht in dem Maße beschäftigt, wie wir es wünschen würden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist an sich etwas, wo wir gar nicht von vornherein auf dem Standpunkt stehen, daß der Bund die Aufgabe hat, alle Details der landespolitischen Situation bis ins Letzte zu kennen. Das ist ja unsere Aufgabe. Was aber der Bund unbedingt tun müßte, ist, uns die Gelegenheit zu geben, laufend und koordiniert mit ihm zu reden über das, was zu geschehen hat, laufend und koordiniert abzusprechen, was wir tun und was er tun muß. Dafür müssen die entsprechenden Vorkehrungen getroffen werden. Das ist eine der ganz entscheidenden Voraussetzungen für die Lösung der Probleme des Landes und vor allem der Lösung der Probleme in den benachteiligten Regionen mit besonderen Schwierigkeiten.

Daher würde ich Sie bitten, auch den beiden Resolutionen, die das Ziel verfolgen, in dieser Richtung größere Initiativen des Bundes und ein größeres Eingehen auf unsere

Forderungen herbeizuführen, zuzustimmen. Es ist, so glaube ich, als Land unsere Aufgabe, immer wieder an die Gebietskörperschaft, in deren Kompetenz so viele Aufgaben liegen und an deren Lösung das Land so brennend interessiert ist, heranzutreten und deutlich zu machen, was das Land braucht.

Ich bin sicher, meine Damen und Herren, um abschließend kurz ein Beispiel zu beleuchten, daß es, wenn wir eine laufende Koordination schon früher gehabt hätten, zu der Standortwahl für General-Motors in Aspern mit Zustimmung des Landes nicht gekommen wäre. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß mich in dieser meiner Auffassung weit über die Grenzen meiner eigenen Partei hinaus mit Persönlichkeiten einig, die es mit diesem Land gut meinen und die sachlich zu denken vermögen, Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie daher, in Zukunft alles zu unternehmen, um diese Koordination herbeiführen zu helfen, unsere eigenen Konzepte dem Bund als maßgebende Grundlage vor Augen zu halten und für deren Verwirklichung einzutreten. Ich bin überzeugt, daß wir gerade angesichts — ich darf darauf nochmals kurz hinweisen — der so entscheidenden diapolitischen Position unseres Bundeslandes im gesamten Staatsgebiet und im Schnittpunkt der Spannungsräume Europas liegend, das größte Interesse haben, daß Niederösterreich lebensstark, kräftig, gesund und ausstrahlend ist in die Umgebung als ein Land, das zeigt, wie man in einer Demokratie die Probleme zu lösen vermag und daß wir daher mit deren Lösung für Niederösterreich den besten Beitrag leisten im Interesse unseres ganzen Staates und des Vaterlandes Österreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt der Abg. Kaiser.

Abg. KAISER: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Landtages! Gestatten Sie mir vorweg, daß ich zu den letzten Ausführungen des Abg. Manndorff bezüglich General Motors-Werk und auch zu den Ausführungen des Abg. Ing. Höfinger im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsförderungsfonds eine Anmerkung mache. Beide haben die Standortfrage bezüglich des General Motors-Werkes hier sehr kritisch beleuchtet. Es ist sicherlich so, daß man, wenn dieses Projekt nicht Wirklichkeit geworden wäre, so nach dem Ättsch-Effekt wieder gesagt hätte: „Größte Blamage der Regierung in Österreich; in welchen Dimensionen man hier denkt und was man eigentlich nach Hause bringt.“

Ich erinnere an den Ausspruch des Herrn Landesrat Schneider, der sich ja schon einmal solche Eskapaden geleistet hat und anstatt

hier mitzuwirken, daß etwas für Österreich, für unser Land, entsteht, diesen Ätch-Effekt hier dargebracht und gemeint hat, das sei eine große Blamage der Regierung Kreisky gewesen. Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren, wenn dieses Projekt seiner Vollendung entgegengeht und der Bestimmung übergeben wird, daß auch Sie wieder bei allen Feierlichkeiten dabei sein und diesem Projekt Beifall klatschen werden, weil Sie dann erst erkennen werden, daß damit auch für Niederösterreich eine Ausstrahlungskraft gegeben ist und weil wir vielleicht dann in einer Phase sind, wo man damit politisch einiges verkaufen kann. Sie machen es jetzt so, daß Sie mit allen Registern durch die Gegend ziehen, und überall in allen Landesteilen, wo ein Problem ansteht, stellen Sie das Rechenbeispiel an: Was kostet das Projekt? Was könnte damit in Niederösterreich geschehen, egal, welche Region es betrifft! Sie verteilen also das einmalige Geld in der Größenordnung mehrmals und versuchen so, Eindruck zu machen.

Meine Damen und Herren! Es bleibt Ihnen unbenommen, inwieweit Sie mit dieser Vorgangsweise, mit dieser Taktik in der Öffentlichkeit glaubwürdig bleiben wollen. Das haben ja einige Umfragen ergeben. Wenn nämlich den Niederösterreichern die Frage gestellt wird, wer überzeugender für eine Arbeitsplatzsicherungspolitik eintritt, dann fällt, glaube ich, die Antwort sehr eindeutig zugunsten der Regierung Kreisky und der Sozialisten aus. Wir werden diese Politik auch in der weiteren Zukunft, sicherlich unter angespannteren Bedingungen, betreiben, und zwar deshalb, weil wir die Arbeitsplatzsicherungspolitik an die erste Stelle gereiht haben und weil auch die Menschen für Probleme, die sich daraus ergeben, das entsprechende Verständnis aufbringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zur Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmann Maurer. Ich möchte meinen, daß sich der Herr Landeshauptmann diese Anfragebeantwortung doch ein bisserl leicht gemacht hat: nach dem Stil und nach der Methode der Sonntagsreden. Alles was geschehen ist, hat das Land gemacht und bei dem, was der Bund hätte machen sollen, da ist er säumig geworden. *(Landeshauptmann Maurer: Unter positiven Vorzeichen!)* Herr Landeshauptmann, wir werden noch darauf zu sprechen kommen, was der Bund alles in wirtschaftlichen Fragen für das Land Niederösterreich direkt oder indirekt getan hat. Eines möchte ich aber vorweg feststellen: daß *(Abg. Präsident Dipl.-Ing. Robl: Wir haben ja alle Belastungen auf uns genommen!)* die derzeitigen Aktionen, Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung, auf alle Fälle einem

Vergleich standhalten zu jener Zeit, die vor 1970 gelegen ist. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit, meine Herren, feststellen! *(Beifall bei der SPÖ. — Landeshauptmann Maurer: Nur sind zehn Jahre vergangen! — Abg. Dr. Bernau: Das ist eine Selbstverständlichkeit!)*

Der Niederösterreichische Landtag hat sich ja wiederholt mit der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes beschäftigt, und wir haben uns *(Abg. Präsident Dipl.-Ing. Robl: Da haben wir keine 30 Prozent Mehrwertsteuer gehabt!)* mehrmals die Frage vorgelegt: Was hat zu geschehen, um auch in Niederösterreich der Arbeitsplatzpolitik einen gewissen Vorrang zu geben? Der Abg. Mannsdorff hat ja bereits erwähnt, daß wir zwei Anträge gestellt haben, die sich mit der Frage der Arbeitsplatzsicherungspolitik beschäftigen. Wir bekennen uns zu diesen Anträgen, die hier gemeinsam beschlossen wurden.

Nun, meine Damen und Herren, das soll heute auch erwähnt werden, es hat, als wir uns am 11. Mai 1978 mit der Frage beschäftigt haben, geheißen: Na wie wird es in Niederösterreich in der Zukunft mit der Arbeitsplatzsicherung aussehen? Welche Probleme stehen an und welche Möglichkeiten bieten sich zu einer Lösung an? Da hat es für 1979 sehr gedämpfte Wirtschaftsprognosen gegeben. Heute können wir feststellen, daß diese gedämpften Wirtschaftsprognosen Gott sei Dank nicht eingetreten sind, und wenn wir das vergangene Jahr Revue passieren lassen, dann schaut das ungefähr so aus, daß das reale Wirtschaftswachstum in Niederösterreich mit 3% vorausgesagt war und die Arbeitslosenrate mit 2,5% prognostiziert war. Tatsächlich konnte 1979 eine kräftige Konjunkturerholung erreicht werden, und sie lag sogar kräftig über dem Trend der 70er Jahre.

Die Kapazitätsauslastung war günstig, insbesondere im Bereich der Industrie. Das österreichische Inlandsprodukt erreichte im Vorjahr einen Gesamtwert von nahezu 917 Milliarden Schilling. Dies entspricht einer Zunahme von 5,2% des realen Wachstums. Im gesamten OECD-Raum gab es eine Steigerung um 3,4%. Kollege Auer, hier hast Du die Relation. Wenn Du die Inflation auch anschneidest, dann muß ich auch Dir sagen: 1979 hat es eine Inflationsrate von 3,7% gegeben, während die OECD-Länder in der 7- bis 8%-Marke gelegen sind. Also bitte, auch hier die Relationen zu berücksichtigen. *(Abg. Auer: Falls Du es nicht weißt, werde ich es Dir nachher sagen, wie wir jetzt mit der Inflation leben!)*

Einen Vergleich mit unseren Nachbarländern, die mit uns in wirtschaftlicher Beziehung leben, Bundesrepublik Deutschland und

Schweiz, zeigt, daß die Bundesrepublik mit dem Wirtschaftswachstum mit 4,4% hinter uns liegt, und die Schweiz liegt im abgeschlagenen Feld mit einer Zuwachsrate von 0,5%. Besonderen Anteil an diesen Zuwachsraten hat die Industrie mit einer Steigerung um 6,7%, was auf den steigenden Export zurückzuführen ist. Die Investitionsgüterindustrie erzielte eine Produktionssteigerung von 7,2%, die Konsumgüterindustrie erreichte eine Erhöhung um 6,4%, wobei hier der Sektor Nahrungs- und Genußmittel eine überdurchschnittliche Produktionssteigerung verzeichnen konnte.

Niederösterreich, also ein bedeutendes Industrieland, konnte zwar mit dieser Entwicklung mithalten, blieb aber im Vergleich zum Bundesdurchschnitt um Beachtliches zurück. So betrug der Wertzuwachs in der niederösterreichischen Industrie 1979 lediglich 3,4%, was im Vergleich zum Bundesdurchschnitt rund die Hälfte ausmacht. Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht auch erwähnen, welche Bedeutung der Sektor Industrie in Niederösterreich hat.

Es gibt in Niederösterreich mit Stichtag März 1980 431.000 unselbständig Beschäftigte, davon sind 112.415 der Industrie zugeordnet, das sind 26%. Wenn man jetzt die Industrie wieder untergliedert in Privatindustrie und verstaatlichte Industrie, dann ergibt sich daraus, daß wohl die Industriebeschäftigten von 1973 bis 1978 von 125.152 auf 113.255 rückläufig gewesen sind, daß aber der Anteil der Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie von 17.328 im Jahre 1973 auf 18.216 zugenommen hat und der prozentuelle Anteil, der 1973 13,8% ausgemacht hat, Verhältnis Privatindustrie zur verstaatlichten Industrie, auf 16% angestiegen ist. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das sehr deutlich zeigt, welche Entwicklung die Industrie in Niederösterreich nimmt und wie bedeutsam gerade auch dieser Sektor sowohl in der Beschäftigung als auch in der Wertschöpfung ist.

Die Bauwirtschaft konnte sich im vergangenen Jahr in Niederösterreich besser entwickeln als in Österreich. Der relative Zuwachs der nominellen Produktion der Bauindustrie und des Baugewerbes betrug in Niederösterreich 15,3% und der österreichische Durchschnitt liegt ungefähr bei der Hälfte. Bemerkenswert bei dieser Entwicklung ist auch, daß vorwiegend die private Hand Träger dieser Baukonjunktur in Niederösterreich gewesen ist, und auf Grund der relativ guten Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage war auch der Arbeitsmarkt dementsprechend günstig beeinflusst.

So gab es 1979 im Bundesdurchschnitt

2.774.000 unselbständig Erwerbstätige, das waren um 16.000 mehr als zum gleichen Zeitpunkt ein Jahr vorher. Unser Bundesland Niederösterreich verzeichnete zum gleichen Zeitpunkt 434.400 Lohn- und Gehaltsempfänger, um 1,3% mehr als 1978, wobei dieses Plus der **Beschäftigtenentwicklung** vorwiegend auf dem Sektor der Frauen zu verzeichnen ist, die eine Steigerung von mehr als 2% verzeichnen konnten.

Leider konnten wir jene Kriterien, auf die es uns in Niederösterreich aber besonders ankommt, nicht in einem zufriedenstellenden Ausmaß in den Griff bekommen. Der Herr Abg. Mandorff hat es bereits erwähnt und wir haben das bei Landtagsdebatten wiederholt als vorrangiges Problem behandelt, das ist die regionale Situation. Es gibt nämlich trotz dieser Vielfalt der Förderungsinstrumentarien auf Landesebene — es wird immer wieder erwähnt, es sind 15 an der Zahl — beachtliche regionale Unterschiede.

Wenn man sich die Frage stellt, wie greifen die einzelnen Förderungsmaßnahmen, bezogen auf die einzelnen Regionen, dann, meine Damen und Herren, bekommen wir eine nicht sehr zufriedenstellende Antwort, weil wir noch immer feststellen müssen, daß hier eklatante Unterschiede vorhanden sind. Da gibt es noch immer 12 Arbeitsamtbezirke, wo die Arbeitslosenrate oft beachtlich über dem Landesdurchschnitt liegt. Davon besonders betroffen, das wurde heute auch schon erwähnt, sind die Bezirke Zwettl mit 5,4%, Waidhofen an der Thaya mit 4,6%, Gmünd mit 4,2%, Melk mit 2,8%, Gloggnitz und Hollabrunn mit je 2,7%.

Meine Damen und Herren! Mit dieser Arbeitslosenrate ist auch das Einkommen verbunden. Auch hier gibt es die beachtlichsten Unterschiede. In Niederösterreich betrug das mittlere Einkommen 1979 8.715 Schilling. Nach den einzelnen politischen Bezirken ausgewertet, ergibt sich, daß 13 Bezirke unter und lediglich 8 Bezirke über diesem Mittelwert des Einkommens liegen. Die Streubreite vom, günstigsten Bezirk Wien-Umgebung mit einem mittleren Einkommen von 10.831 Schilling und dem ungünstigsten Bezirk Waidhofen an der Thaya mit 7.064 Schilling beträgt 3.767 Schilling oder 53%. Diese so unterschiedliche Entwicklung der Einkommen und die so ungleichen Lebensbedingungen eines Großteils unserer Bevölkerung in Niederösterreich — wenn man alle diese Gebiete zusammennimmt, dann wohnen in diesen Landesteilen mehr als 50% — muß für uns eine permanente Signalwirkung haben.

Meine Damen und Herren! Sie werden sich erinnern, daß wir auf Grund dieser Situation in dieser Richtung wiederholt gezielte

Förderungsmaßnahmen verlangt haben. Wir bekennen uns dazu, der Herr Abg. Manndorff hat den Katalog aufgezählt, was sich hier in letzter Zeit alles an Verbesserungen getan hat. Aber es ist nicht so, meine Damen und Herren der ÖVP-Fraktion, daß es in Niederösterreich verboten ist, Maßnahmen zu setzen, die dem Lande dienlich sind. Ich glaube vielmehr, es kommt zu solchen Überlegungen, wenn es um die Existenzfrage der Niederösterreicher geht, wenn es um die Politik der Verbesserung der Lebensbedingungen geht. Hier muß ja dem Land und der Landespolitik eine gewisse Priorität zukommen, sodaß man eigentlich das nicht immer so darlegen sollte, als wäre es ein Gnadentat der Landespolitik, wenn man in dieser Richtung hin etwas tut. Es ist unsere permanente Aufgabe, die Dinge voranzutreiben, die Unterschiede auszugleichen und die Lebensbedingungen der Menschen doch ein bisserl zu verbessern.

Meine Damen und Herren! Sie werden sich auch daran erinnern, daß wir, wenn es darum gegangen ist, hier über Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zu debattieren, einen Weg zu suchen, wie man diese Instrumentarien auf die einzelnen Regionen mit Problem-Schwerpunkten wirksamer einsetzen könnte, gemeint haben, es sollte doch eine Differenzierung stattfinden, weil die bisherige Übung ja zu wenig gegriffen hat. Wir hätten diese Magnetfunktion gebraucht, um Betriebe in jenen Gebieten anzusiedeln, wo noch echte Probleme bestehen, aber man hat einfach Anträge, die wir hier gestellt haben, brüsk abgelehnt.

Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Vision, wie es in der nächsten Legislaturperiode weitergehen soll, auch auf eine differenzierte Wirtschaftspolitik Bedacht genommen. In verschiedenen Aussagen ist das auch von der ÖVP-Fraktion zur Sprache gebracht worden, aber es mag vielleicht ein Schönheitsfehler gewesen sein, daß wir den Antrag gestellt haben; er wurde mit Mehrheit der ÖVP-Fraktion eben immer wieder abgelehnt! Wir haben sicherlich einige Wirtschaftsmaßnahmen und Instrumentarien, die ihre Auswirkung auch auf eine sehr erfreuliche Entwicklung haben. Ich erwähne dabei, daß die Pro Industrie-Aktion gewiß einen guten Zuspruch findet, das ist für uns sehr erfreulich, nur sollten diese Förderungsmaßnahmen auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht wirkungsvoller eingesetzt werden.

Ich komme da auf einen Ausspruch des Kollegen Manndorff zurück, der einmal gemeint hat, es komme nicht auf die Menge an, immer mehr, mehr, mehr zu bekommen, sondern es komme auch im wesentlichen darauf an, daß diese Mittel gezielter, überlegter,

zweckmäßiger und effizienter eingesetzt werden. Und da, meine Damen und Herren, muß man diese Überlegung doch ein wenig mis-

sen. Ähnlich ist es auch bei der Beteiligungsgesellschaft. Hier beherrscht einfach das Bankenkonsortium das Geschehen. Es ist richtig, daß hier der Zuspruch gegeben ist. Aber, meine Damen und Herren, alle diese Überlegungen, die wir bei der Gründung der Kapitalbeteiligungsgesellschaft angestellt haben, um auch regionalpolitisch tätig zu werden, die sind zerplatzt und verpufft, und wir sind eigentlich wieder in der Ausgangsposition, sodaß wir regionalpolitisch von diesen Instrumenten nicht sehr Wesentliches zu erwarten haben. Ist auch verständlich, weil bei 100 Millionen Schilling Kapitaleinsatz das Land lediglich mit 5 Millionen Schilling beteiligt ist und die Mitsprache hier natürlich mehr als bedenklich ist. Wir haben gemeint, daß das Land, wenn es zu einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft kommt, in der Verwendung dieser Mittel doch mehr Einfluß haben sollte, nur ist das leider, wie gesagt, mit diesen Relationen der Beteiligung, nicht möglich gewesen.

Wir waren auch der Auffassung, daß man in Niederösterreich eine sogenannte Auffanggesellschaft ins Leben rufen sollte. Ich glaube, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion, da werden wir ein bisserl falsch verstanden, und zwar deshalb, weil Sie uns immer wieder unterstellen, wir wollten um jeden Preis Betriebe retten, die überhaupt keine Chance auf eine weitere Zukunft haben. Nein, das meinen wir nicht, sondern wir meinen jene Betriebe, die in Schwierigkeiten geraten sind durch verschiedene Versäumnisse, die gemacht wurden, die aber sehr wohl nach einem Durchstarten wieder eine Chance haben, sich am Markt placieren zu können und auch wettbewerbsfähig zu sein. Leider hat es auch hier unterschiedliche Auffassungen gegeben, als wir über die Richtlinien der Landeshaftungen gesprochen haben, wo noch gewisse Möglichkeiten bestanden haben, auch jenen Betrieben zu helfen, die nicht ganz die Voraussetzungen erfüllen. Wo aber durch die Straffung dieser Richtlinien diese Möglichkeit nicht mehr gegeben war, haben wir gemeint, es sollte eben diese Auffangfunktion irgendwo installiert werden und nicht im luftleeren Raum stehen. Es ist leider zu keiner Einigung gekommen.

Als in der Kommission für Industriepolitik die Anpassung der Richtlinien für die Landeshaftungen diskutiert und beschlossen wurde, mit Mehrheit beschlossen wurde, da haben wir auch gemeint, es sollte für diese

Auffangfunktion solche Ausnahmeregelungen geben. Die ÖVP-Fraktion hat sich dem nicht anschließen können, und der Kollege Auer hat es übernommen, etwas dazu zu sagen, wohl weil wir gemeint haben, die Botschaft hören wir wohl, was uns fehlt, ist der Glaube dazu. Es hat in der ÖVP-Fraktion ein Raunen gegeben, und Kollege Auer hat dort die Anregung gemacht, der wir dann beigetreten sind, bis 30. Mai einen Entwurf zu erstellen, um an Hand dessen die Funktionen einer Auffanggesellschaft zu diskutieren. Wir haben heute den 26. Juni, und hätte meine Fraktion nicht den Anstoß zu einer Sitzung der Industriekommission gegeben, würden wir wahrscheinlich heute noch auf einen Termin warten und schon gar nicht erfahren, welche Vorschläge es in dieser Richtung hin gibt.

Meine Damen und Herren! So einfach und so unernst sollte man in der Situation, in der wir uns befinden, diese Dinge nicht nehmen. Daher hoffen wir, daß bei der nächsten Sitzung mit einem Vorschlag zu rechnen ist, den wir auch diskutieren. Wir haben im Niederösterreichischen Landtag eine Kommission für Industriepolitik beschlossen mit dem Ziel, daß diese Kommission eine beratende Funktion haben sollte, eine Bestandaufnahme über die Verhältnisse der niederösterreichischen Industrie macht, sich Gedanken darüber macht, welche Maßnahmen getroffen werden sollten, welche Empfehlungen der Landesregierung und welche Empfehlungen dem zuständigen Herrn Landesrat gegeben werden könnten. Und wenn wir uns die Frage stellen, welche Aufgaben diese Kommission hat, dann möchte ich sie Ihnen kurz in Erinnerung rufen:

Insbesondere obliegt der Kommission

a) die erforderlichen Voraussetzungen zu überlegen, damit die Industrie ihren Beitrag für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im höchstmöglichen Ausmaß zu leisten vermag;

b) laufend die Situation der Industrie zu beobachten und neue Maßnahmen auf Grund der Entwicklung und der Veränderung von wirtschaftlichen Bedingungen zu behandeln und anzuregen;

c) Vorschläge für eine Verbesserung der Industriepolitik und der Förderung der Industrie zu erstatten.

Meine Damen und Herren! Das hört sich so schön an und ist sicherlich eine Aufgabenstellung, wenn das auch so praktiziert wird. Nun, wie sieht es aber in der Praxis aus? Seit die Kommission für Industriepolitik besteht, hat es unser Herr Landesrat, der für Wirtschaftsfragen zuständig ist, in keinem einzigen Fall für notwendig und erforderlich

befunden, dieser Kommission einen Bericht zu geben, wie es in Niederösterreich mit der Industrie ausschaut, eine Bestandaufnahme zu geben und seine Absichten zu erklären, wie er diesen Problemen begegnen werde und was die Industriekommission dazu sagt.

Meine Damen und Herren! Wie soll eine Kommission Stellung nehmen, wenn nicht vom zuständigen Referat kombiniert und zusammenfassend eine entsprechende Berichterstattung erfolgt? Sicherlich sind wir interessiert daran und es tragen alle Ziffern und Zahlen dazu bei, damit wir uns als Mitglieder dieser Kommission selbst ein Bild über die wirtschaftliche Entwicklung in der Industrie machen können, und es wäre doch Aufgabe des zuständigen Referenten, hier tätig zu werden.

Meine Damen und Herren! Eine Begebenheit, die hier auch sehr deutlich gemacht hat, in welchem Geist man dieser Kommission für Industriepolitik gegenübersteht. Wir haben angeregt, nachdem in Niederösterreich manches im Argen liegt, auch die Innovationsfähigkeit zu fördern. Der Herr Landesrat wird mir bestätigen, daß es in Niederösterreich eine Reihe von anhängigen Problemen gibt, die eigentlich keine Probleme sein brauchen, wenn man sie zeitgerecht erkannt und die entsprechenden Maßnahmen gesetzt hätte.

Ich habe hier eine Aufstellung von einem Institut, die mir kürzlich in die Hand gekommen ist. Wie nennt sich das? Es ist das Umfrageergebnis des Institutes für Mittelstandsforschung. Da steht folgendes zu lesen: „90 von 3.000 in Konkurs gegangenen Klein- und Mittelbetrieben im Jahre 1978 könnten heute noch bestehen. Führungsfehler, Liquiditätsengpässe durch Entnahme von Mitteln und die damit verbundene ungenügende Informationsbereitschaft und ähnliches mehr haben zu diesem Ergebnis beigetragen.“

Meine Damen und Herren! Wenn man heute in Niederösterreich in Problembetrieben eine Untersuchungsfirma über die Probleme des Betriebes eine Bestandaufnahme machen läßt, dann kommt diese Firma zu erschreckenden Ergebnissen: Daß man heute noch in einem Verharrungszustand lebt, es an Weitsicht, an Dynamik, an Anpassung missen läßt, daß man dann schockiert ist und draufkommt, ja dieses und jenes hätte man sicherlich machen können, aber es hat uns ja niemand etwas gesagt. (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Bei Semperit hättest Du die meiste Gelegenheit gehabt, dort bist Du Betriebsrat!*)

Lieber Freund! Dazu möchte ich Dir nur sagen, ich bin Dir dankbar für diesen Zwischenruf. Meine Damen und Herren! Wir können sofort auch über Semperit reden. Ich

kann heute belegen, zum Leidwesen unserer Belegschaftsvertreter, daß das, was wir in den Jahren 1974/75 begehrt und verlangt haben, vom Hauptaktionär in den Wind geschlagen wurde, als Panikmache dargestellt wurde und daß heute dieselben Herren unserer damaligen Anregung beigetreten sind und manches von dem unter größeren Opfern geschehen ist, als wir es im Jahre 1974/75 verlangt haben; nachweisbar, meine Damen und Herren! Ich danke Dir für diesen Zwischenruf, den Du gemacht hast. *(Beifall bei der SPÖ. — Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Deswegen habe ich mir gedacht, ich muß Semperit einwerfen!)*

Bitte, ich möchte daher in diesem Zusammenhang noch sagen, daß die Innovationsfunktion in Zukunft eine zunehmende Bedeutung haben wird. Wir haben daher auch in der Kommission für Industriepolitik gemeint, es solle im Innovationswesen ein Instrumentarium geschaffen werden. Grundsätzlich waren wir einer Meinung. Über diese Überlegungen sollte der Herr Landesrat einen Entwurf machen und ihn der Kommission zur Diskussion vorlegen. Was ist geschehen? In der Zeitung haben wir gelesen, daß etwas im Gange ist. Ich habe dann zum Kollegen Auer gesagt, als wir uns getroffen haben, lieber Kollege, wenn ich schon als sozialistisches Fraktionsmitglied in dieser Kommission nicht Bescheid erhalte, dann erwarte ich von Dir in der Fraktion soviel Naheverhältnis zum Landesrat, daß eigentlich Du wissen müßtest, ob da etwas im Gange ist. Daraufhin die Antwort des Kollegen Auer: Auch ich weiß nicht, daß da etwas über die Bühne gehen soll.

In der Landesregierungssitzung angesprochen, sagte der Herr Landesrat, als er die Richtlinien zur Innovationsförderung vorgelegt hat, es sei in der Industriekommission darüber befunden worden. Herr Landesrat, ich muß Ihnen heute sagen, das stimmt nicht. *(Landesrat Schneider: Was Sie sagen, stimmt auch nicht!)* Aber bitte, schauen Sie im Protokoll der Landesregierungssitzung nach, welche Erklärungen Sie dort abgegeben haben. *(Landesrat Schneider: Ich bin schon im Bild!)*

Ich habe mir dann erlaubt, bei einer der nächstfolgenden Sitzungen der Industriekommission dieses Problem anzuschneiden, und ich muß hier zur Ehre des Herrn Hofrat Hlous sagen, daß er so ehrlich war und dann gesagt hat: „Herr Abgeordneter, Sie haben eigentlich recht, wir haben gar nicht daran gedacht, daß es eine Industriekommission gibt. Es ist eine Übung aus früherer Zeit. Wir haben uns da zusammengesetzt, haben Richtlinien ausgearbeitet, ohne daran zu denken, diese der Industriekommission zur Stel-

lungnahme oder zur Beratung vorzulegen.“ Bitte nachzulesen im Protokoll.

Sie sehen, meine Damen und Herren, mit welcher Faszination unser Herr Landesrat diese Industriekommission in ihrem Wert einschätzt. Daher glaube ich, daß es mit solchen Aktionen nicht weitergehen kann. Wenn in die Industriekommission, die hier so in die Auslage gehängt wird, um zu zeigen, was alles in Niederösterreich geschieht, nicht mehr Effizienz hineingebracht wird, meine Damen und Herren, dann ist das sozusagen eine Kosmetik, die in Niederösterreich betrieben wird ohne Grundlage, und für eine solche Politik, glaube ich, müßten uns die niederösterreichischen Landesbürger zu gut sein.

Ich möchte zum Schluß kommen, meine Damen und Herren, und doch meinen, daß in nächster Zeit sicherlich vieles auf uns zukommen wird. Die Probleme, die anstehen, werden aber nur dann zu lösen sein, wenn man die Situation richtig eingeschätzt und, ich möchte noch einmal betonen, im Zusammenwirken Land, Bund und Gemeinden versucht, hier, sehr auf die Regionen abgestimmt, tätig zu werden.

Wir werden uns in nächster Zeit mit unseren acht regionalen Raumordnungskonzepten auseinandersetzen. Es gibt einige Ungereimtheiten, die noch diskutiert werden müssen, aber es deutet sich schon an, welche Schwerpunkte sich daraus ableiten. Besonders in der Frage der Arbeitsplatzsicherung werden wir neue Arbeitsplätze in der Größenordnung von etwa 70.000 brauchen, um nur einigermaßen der Entwicklung entgegenzuwirken. Wir werden nicht nur Arbeitsplätze brauchen, sondern auch gut bezahlte Arbeitsplätze, damit wir auch die Jugend dem Lande erhalten. Das sind alles Aufgaben, die vor uns stehen und die auch gelöst werden müssen. Nur eines, meine Damen und Herren, möchte ich auch sagen, Herr Landeshauptmann, an Sie gerichtet:

Die Lösung der Probleme, wo auch der Bund mitzuwirken hätte, geht nicht in der beabsichtigten Gangart, sondern muß eigentlich über den österreichischen Weg auch nach Niederösterreich führen. Tun Sie das, dann werden wir sicherlich zu einer gemeinsamen Auffassung und auch zu einem gemeinsamen Weg in Niederösterreich kommen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt der Abg. Romeder.

Abg. ROMEDER: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich die Aufgabe des Niederösterreichischen Landtages, sich neben der Schaffung von zeitgemäßen, modernen Geset-

zen mit den Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes zu befassen und ganz besonders mit den Problemen der strukturschwachen Gebiete des Grenzlandgebietes und eben der Regionen, die vor ganz besonderen Problemen stehen, sei es aus geographischen Gründen, sei es auch aus den klimatischen, entfernungsmaßbigen und sonstigen Umständen zu den Ballungsräumen.

Ich bin daher sehr froh, daß in der Anfragebeantwortung und auch vorher schon in der Anfrage auch die Probleme einer Region besonders zur Debatte gestellt wurden, nämlich die Probleme des Waldviertels. Hier, glaube ich, können wir gemeinsam feststellen, daß es gerade im niederösterreichischen Waldviertel im Laufe der letzten Jahre gelungen ist, entscheidend aufzuholen, auf bestimmten infrastrukturellen Gebieten gleichzuziehen und auch hier praktisch die Lebensqualität, sei es nun von der Infrastruktur her, zu erreichen, die selbstverständlich auch den Menschen in diesen Gebieten zusteht. Ich darf auf den Ausbau der Landesstraßen verweisen, die hier von der Geographie her in einer besonderen Dichte gegeben sind, auf den Neubau der Kindergärten, neuer Schulen, auf die Chancengerechtigkeit durch den Bau neuer Spitäler, von Schwerpunktspitälern und dergleichen und auch die Errichtung von Altenheimen, Freizeiteinrichtungen und den notwendigen Amtshäusern.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat das Land Niederösterreich im Rahmen seiner Kompetenzen, seiner Möglichkeiten besonders zum Ausdruck gebracht, daß hier von Chancengerechtigkeit nicht nur gesprochen, sondern der Chancengerechtigkeit auch in der Praxis das Wort geredet wird. Wir müssen aber hier und da feststellen, daß, wenn heute das Problem der Absicherung der Arbeitsplätze, notgedrungen der schwerpunktmäßigen Schaffung der Arbeitsplätze im Mittelpunkt steht, das uns heute am meisten zu schaffen macht und das in Zukunft noch besser gelöst werden muß, in den Massenmedien ganz allgemein zum Ausdruck kommt, daß die Politiker diejenigen seien, die hier versagen und nicht die entsprechenden Maßnahmen einleiten.

Mein Kollege Manndorff hat heute bereits darauf hingewiesen, wieder einmal, daß im Rechtsstaat zu unterscheiden ist zwischen den Kompetenzen und Möglichkeiten, die man heute als Funktionär hat, im Bund, im Land und in den Gemeinden. Davon müßten wir einmal ausgehen. Es sind hier nicht die gleichen Möglichkeiten, es sind nicht die gleichen Kompetenzen gegeben, und daher sind auch die Verantwortungen verschieden gelagert. Daher ist hier heute auch der Wunsch des

Niederösterreichischen Landtages und unserer Fraktion schon deutlich zum Ausdruck gebracht worden, und zwar auch im Rahmen dieser Anfrage, daß der Bund die moralische, politische und rechtliche Konsequenz aus seiner Verantwortung zu ziehen hat. Er hat diese Verantwortung gerade für jene Regionen im erhöhten Ausmaß zu erfüllen, die vor ganz besonderen Problemen stehen.

Diese Kompetenzverschiedenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll auch ein bisserl deutlicher in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht werden: Was eine Gemeinde im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Arbeitsplatzsicherung, für die Infrastrukturverbesserung tun kann, was ein Land im Rahmen seiner Kompetenzen tun kann und wieweit das Land Niederösterreich im Laufe der letzten Jahre gegangen ist, sei es in der tatsächlichen Unterstützung, sei es in der Vorbereitung entsprechender Raumordnungsprogramme, auf denen diese Unterstützung aufgebaut hat, und dann auch, wieweit eben der Bund im Rahmen seiner Möglichkeiten bereits gewirkt hat.

Der Kollege Kaiser hat zuvor auf die Förderungen des Bundes verwiesen und gesagt, sie seien in einem Umfang erfolgt, den man eigentlich vorher suchen mußte. Ich muß auch hier feststellen, die Einkommenssteuer, die Lohnsteuer, die Sozialversicherung, die indirekten Steuern haben in Österreich eine Höhe erreicht, wie es in der Geschichte des Landes auch noch nie der Fall war. Wenn wir, meine sehr geehrten Damen und Herren wöchentlich eine Milliarde Schilling zusätzliche Staatsverschuldung hinnehmen müssen, dann sind wir auf Bundesebene echt Meister aller Klassen in der Verschuldung, in der Belastung der niederösterreichischen Menschen geworden. Auch das muß man einmal deutlich sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich zum Ausdruck bringen darf, daß man hier nicht nur über legistische Maßnahmen zu sprechen hat, sondern sich auch mit der Wirtschaft, mit der privatwirtschaftlichen Konsequenz von Maßnahmen in diesem Land auseinandersetzen hat, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist erschreckenderweise festzustellen, daß man hier oft nur mehr hypnotisiert hinschaut, na kommt die Quellensteuer oder kommt die Stromsteuer, um eben ein ganzes Debakel im Bundesbudget hintanzuhalten, und vielleicht kommt dann sogar die Quellensteuer und die Stromsteuer, beides auf einmal! Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Kampf, Vizekanzler—Bundeskanzler, welche Steuern nicht nur erhöht, sondern neu eingeführt werden sollen, der kann gerade die niederösterreichische Bevölkerung und die Be-

völkerung in strukturschwachen Gebieten noch vor ganz besondere Probleme stellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr Geehrten! Jede Belastung trifft gerade diejenigen am meisten, die eben von der Struktur her, auf die ich bereits verwiesen habe, eine schwächere Ausgangsposition haben, und hier habe ich im konkreten vom Waldviertel gesprochen. (Abg. Keusch: *Wer ist denn gegen den Atomstrom? Der Bauernbund!*) Herr Kollege, vielleicht vertreten Sie die Meinung, daß im Waldviertel absolut der Atommüll gelagert werden müsse, das kann schon sein, aber vielleicht ist das Ihrer Meinung nach eine Förderung für ein wirtschaftlich schwächer strukturiertes Gebiet. Wir sind im Land Niederösterreich sehr froh, wenn auch hier eine Unterstützung durch den Bund gegeben wird, und daher gehen alle unsere Bemühungen dahin, daß der Bund auch in Niederösterreich seine Verpflichtungen erfüllt.

Ich erinnere mich an eine Enquete — es wird jetzt Ende Juni ein Jahr — die diesbezüglich in Niederösterreich stattgefunden hat, und zwar in Edelfhof; eine Enquete des Bundeskanzlers, der dann nicht erschienen ist und sich auch nicht entschuldigen hat lassen und wir am Ende dieser Enquete den Herr Vorsitzenden, einen hohen Beamten des Bundeskanzleramtes, fragen mußten, warum eigentlich der angesagte Bundeskanzler nicht eingelangt ist.

Meine sehr Geehrten! Es waren zu dieser Enquete die Referenten eingeladen, sicher, vom Bundeskanzleramt, es war auch die Enquete des Herrn Bundeskanzlers, die bezüglich der Förderung strukturschwacher Gebiete seine Meinung oder die des Bundeskanzleramtes zu vertreten hatten. Es war ein Professor, Leiter der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung aus Bonn eingeladen und Vertreter des Institutes für Höhere Schulen sowie Vertreter der Bergbauernvereinigung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Referent und Leiter der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Ganser, hat diese Referenten zusätzlich eingeladen, ihre Überlegungen und ihre Ideen, wie man den strukturschwachen Gebieten helfen kann, schriftlich zum Ausdruck zu bringen und vorher eine Strukturanalyse zu erstellen, wie man zum Beispiel dem Waldviertel und dergleichen Hilfe angedeihen lassen kann, vor allem welche Konsequenzen aus der Strukturanalyse abzuleiten sind.

Hierüber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist heuer im Mai von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und

Raumordnung ein Heft erschienen, in welchem eben die Referenten, die dort über Einladung des Bundeskanzleramtes referiert haben, ihre Meinung über die Analyse, warum wir strukturschwache Gebiete haben, warum wir Probleme im Waldviertel haben, zum Ausdruck brachten, und zwar unter dem Titel „Ansätze für neue soziale, politische und wirtschaftliche Organisationsformen in Österreich“. Autoren waren die damaligen Referenten Dr. Hans Glass, Dr. Anton Rohmoser und ein Günther Scheer. Die beiden letzteren sind uns ja sehr bekannt von der SPÖ-nahestehenden und von dieser unterstützt werdenden Bergbauernvereinigung.

Ich darf, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht Stellung nehmen zu der Analyse dieser Herren, die bei dieser Enquete als Referenten das große Wort geführt haben, um dem Waldviertel, den strukturschwachen Gebieten zu helfen, die Analysen dort zum Ausdruck gebracht haben und in diesem Heft, das internationalen Fachleuten zugemittelt wird, auch schriftlich niederlegten. Sie geben die Schuld der veralteten Praxis der Waldviertler bzw. der Bevölkerung der kulturschwachen Gebiete. Ich weise deswegen darauf hin, weil ich als Vertreter dieses Gebietes die Aussagen, die ich hier zur Kenntnis bringe, auf das entschiedenste zurückweisen muß. Hier ist, glaube ich, eine Geisteshaltung zum Ausdruck gebracht worden, die aufzeigt, daß veraltete Kulturinhalte, Entwicklungshindernis Kirche, innovationsfeindliches Verhalten der Bevölkerung schuld seien. Sie gestatten mir, wortwörtlich einiges zu zitieren:

„Das vorherrschende Kulturverständnis der Bevölkerung verhindert vielfach eine Problembewältigung, weil ihre Wertvorstellungen und ihre Inhalte veraltet sind und keine Hilfe oder Hilfe zur Auseinandersetzung mit der existenzbedrohenden Situation geben.“

Oder zum Problementwicklungshindernis Kirche, das diese Herren zum Ausdruck bringen: „Der Kirche in den benachteiligten Gebieten gelingt es mit wenigen Ausnahmen kaum, einen Beitrag zur Entwicklung zu leisten. Ein vielfach überlasteter, von vorwiegend älterer und vorkonziliarer Geisteshaltung geprägter Klerus ist nicht in der Lage, entwicklungsfördernde Impulse zu geben.“

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben die Referenten bei der Enquete des Bundeskanzleramtes als ihre Überlegungen in diesem Heft niedergeschrieben.

Oder über die Bevölkerung. Was steht weiter drinnen, wenn man hier davon spricht, was schuld sei, daß seit zehn Jahren Regierung Kreisky zu wenig geschehen ist: „Durch die bestehenden Barrieren in den Bereichen

Erziehung, Bildung, Kultur ist es erklärbar, warum das Verhalten des Großteiles der Bevölkerung durch folgende Verhaltensweisen gekennzeichnet ist: (Und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Beleidigung für die Bevölkerung.) „Geringe Fähigkeit zur Kommunikation untereinander, geringe Eigeninitiative, unreflektierte Normenvorstellungen, geringes Ausmaß sozialer Erfahrungen, wie Solidarität, Kooperationsfähigkeit, Gruppenarbeit etc. Erwartung des Geführtwerdens, Bedürfnis nach Anerkennung von oben, geringe Fähigkeit ohne Anordnung längere Zeit selbständig zu arbeiten, Intoleranz gegenüber Unterlegenen. Die Bevölkerung in peripheren Gebieten erlebt ihre harte Realität Tag für Tag. Ein Großteil davon ist aber nicht in der Lage, Ursachen und größere Zusammenhänge zu erkennen. Sie ist daher auch kaum beteiligt bei der Suche nach Lösungen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das österreichische Autoren, die der SPÖ nahestehen und die bei der Bundeskanzlerenquete als offizielle Referenten tätig waren, in den international in ganz Europa zuständigen Instituten, die sich mit Raumordnung, mit Landesplanung befassen, über Österreich, über die Bevölkerung dieser Gebiete schreiben, dann müssen wir das auf das entschiedenste zurückweisen, denn solch eine Beleidigung kann niemand von uns hinnehmen. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf von Abg. Kaiser.*)

Lieber Herr Kollege Kaiser! Ich habe noch 19 Hefte, Du kannst eines davon haben. (*Abg. Kaiser: Eines sagt etwas über Österreich im Jahre 1973 aus!*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verfasser hat damals, im Jahre 1973, festgestellt, daß die Entwicklung in Österreich, zur Zeit (1973) noch Hochkonjunktur, nicht ungünstig ist. Das hat dann bei einer Fernsehsendung der Herr Bundeskanzler hervorgehoben, nicht umgekehrt; im Gegenteil, er hat positiv über Österreich berichtet. Das unterscheidet ja ÖVP—SPÖ. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das unterscheidet uns ja, wir halten eben was auf unsere Heimat und werden, ganz gleich, wer regiert, im Ausland für unsere Heimat eintreten. Aber anscheinend tun es die Ihrer Geisteshaltung nahestehenden Leute nicht immer.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zum Problem der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher Gebiete und besonders zu dem Problem Waldviertel. Wenn Sie wollen, lese ich Ihnen noch etwas vor — ich habe noch etwas angezeichnet —, was leider nicht sehr positiv ist. Ich glaube, wenn wir in Zukunft in diesen strukturschwachen

Gebieten im Waldviertel bestehen wollen, dann durch die Arbeitsplatzsicherung. Sie ist nur dann zu bewerkstelligen, wenn wir auf den drei Säulen eine Breitenwirkung zur Erzielung eines Einkommens erreichen: in der Landwirtschaft, im Fremdenverkehr und in Gewerbe und Industrie. Das sind, glaube ich, gleichwertige Säulen, die hier ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie neben der Förderung durch das Bundesland Niederösterreich, wenn sie neben einer modernen Politik in den Kommunen, in den Gemeinden, auch auf Grund der Kompetenzverteilung eine entsprechende Unterstützung durch den Bund und durch die Mehrheit im Parlament erfahren. Wir werden wahrscheinlich mit Preiselbeeren, wie es voriges Jahr bei der Enquete des Herrn Bundeskanzlers angekündigt wurde, oder mit Beerenobst keine Breitenwirkung bzw. eine Hebung des Einkommens in diesen Bereichen erreichen.

Daher, glaube ich, wäre es notwendig, daß man gerade — das Waldviertel ist zum Großteil ein Bergbauerngebiet — auf dem Sektor Landwirtschaft, überwiegendes Einkommen, Milch, Kartoffeln und Vieh, einmal eine Befreiung des Absatzförderungsbetrages für den Bergbauern aller Stufen herbeiführt, und zwar nicht eine Befreiung vom Absatzförderungsbetrag auf Kosten der übrigen Bauern, sondern wenn man helfen will, auf Kosten der Gemeinschaft, Staat genannt, um siedlungspolitisch, eben bevölkerungspolitisch diese Gebiete zu erhalten.

Man hat diesen Wünschen der Österreichischen Volkspartei auch bei den letzten Marktordnungsverhandlungen nicht entsprochen. Und was stellen wir heute zum Beispiel in Gmünd fest? Auf Grund dieses Absatzförderungsbetrages, auf Grund der Entwicklung der Milchlieferung und der leider damit verbundenen Konsequenz der Einkommensminderung der Bauern müssen wir feststellen, daß Arbeiter aus der Molkerei Gmünd entlassen werden müssen, weil eben die Anlieferung nicht mehr im erforderlichen Umfang gegeben ist. (*Abg. Haufek: Wurde nicht geschrieben, wurde zurückgezogen!*)

Ja, lieber Freund, der Wunsch war da, alles andere wissen wir. Das ändert aber nichts an dem Problem. Das ändert, Herr Kollege, nicht das Problem, daß die Auslastung nicht gegeben ist, was auch Ihr alle mitsammen weißt. (*Abg. Leichtfried: Weil sich der Milchwirtschaftsfonds geweigert hat, die entsprechenden Milchgelder zuzuteilen!*)

Mein lieber Freund! Der Milchwirtschaftsfonds ist keine gesetzgebende Körperschaft, und wenn der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zehnmal feststellt, für die gesetzliche Regelung des Milchabsatzes sei

der Milchwirtschaftsfonds zuständig, dann laßt Euch doch endlich einmal von Eurer Fraktion im Parlament in dieser Richtung aufklären. Der Milchwirtschaftsfonds ist keine gesetzgebende Körperschaft, er kann kein Marktordnungsgesetz ändern, und der Herr Minister und die SPÖ-Mehrheit im Parlament sollen sich aus der Verantwortung und aus der Möglichkeit, das zu ändern, nicht einfach absentieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch für das Problem der Viehwirtschaft, eng verbunden mit der Milchwirtschaft, besonders im Waldviertel, ist einkommensmäßig für dieses Gebiet der Bund zuständig; es ist ein besonderes Problem. Wenn wir im Jahre 1978 für einen Schlachtstier pro Kilogramm 23,41 Schilling bezahlt erhalten haben und heute praktisch 23,36 Schilling bezahlt werden, wenn man aber gleichzeitig feststellt, daß die Düngerpreise um 13%, die Strompreise um 6%, der Dieselpreis sogar um 25%, die Sozialversicherung auf Grund der Einheitswerte auch entsprechend gestiegen sind, dann wissen besonders die Bauern in den strukturschwachen Gebieten, was es heißt, zusätzliche Belastungen hinnehmen zu müssen und auf der Gegenseite keine weiteren Einnahmen registrieren zu können, was es für Konsequenzen hat, ein Gebiet einkommensmäßig abzusichern.

Meine sehr Geehrten! Wir haben auch die Probleme mit den Brennereien am Kartoffel-sektor, wo wir doch hoffen, daß beim Branntweinmonopol in Zukunft einiges geschieht; wo wir auch die Hoffnung haben, daß der Bund einsieht, daß bei der Import- und Exportpolitik auch im Zusammenhang mit Saatkartoffeln, der Kartoffelwirtschaft schlechthin, dem Waldviertel endlich einmal auch entsprechend zu helfen wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleichwertig ist sicher auch die Förderung des Gewerbes und der Industrie, speziell in schwächer strukturierten Gebieten. Hier müssen wir leider feststellen, daß die Kürzung der ERP-Grenzlandmittel nicht befriedigend ist, auch wenn die Arbeiter-Zeitung in der gestrigen Ausgabe in einem Kommentar schreibt: „Wende für das Waldviertel!“ Erstens einmal. Zehn Jahre, seit der SPÖ-Regierung, warten wir schon auf eine Wende. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben unserer Meinung nach vom Bund außer Reden von Programmen leider zu wenig gehört. Und wenn es hier heißt: „So beträchtlich ist die Summe, die da in die Waldviertler Wirtschaft fließt, daß die ÖVP mit ihrem Gezeter über das General-Motors-Projekt in Wien-Aspang nun endgültig ungläubwürrdig

zu werden droht,“ dann gestatten Sie mir, eines zu bemerken.

Wir warten auf die Verhandlungen über die 50 Millionen Schilling, die angekündigt sind. Wenn wir dieselben Erfahrungen machen wie bei der gemeinsamen Grenzlandförderung zwischen Bund und Land, dann dürfen wir wahrscheinlich recht lange warten. Aber wir glauben an Wunder, und vielleicht geschieht eines eines Tages. Meine sehr Geehrten! 50 Millionen Schilling lassen sich nicht vergleichen mit diesen riesigen Millionenbeträgen oder Milliarden, die hier praktisch investiert werden in einen auswärtigen Betrieb, der sicher, auch wenn er auf die Zulieferung Auswirkungen haben sollte, keine große Unterstützung für das Waldviertel sein wird.

Ich glaube daher, hier hätte der Bund gerade auch am Steuersektor einiges gutzumachen. Nicht die zusätzliche LKW-Steuer wird das Waldviertel fördern, das weit von den Ballungszentren entfernt ist. Nicht Unternehmer, die gezwungen sind, Kredite aufzunehmen, wird die Kreditsteuer entsprechend fördern, sondern im Gegenteil, zusätzlich belasten, und wenn einer einmal ein paar Schilling hat und in Zukunft noch eine Quellensteuer zahlen darf, dann wird er wahrscheinlich auch nicht entsprechend animiert werden.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die laufende Steigerung der Einkommensteuer ist eine Belastung, die es unseren Betrieben gerade im Waldviertel und in den schwach strukturierten Gebieten schwerer denn je macht, notwendige Investitionen zu tätigen. Es nützen Zinszuschüsse allein nichts, wenn nicht die Eigenkapitalbildung auch in dem Umfang, der notwendig ist, ermöglicht wird.

Wir freuen uns, daß das Land Niederösterreich über die Raumordnung, über Maßnahmen des Wirtschaftsreferates entsprechende Dinge bereits eingeleitet hat und weitere Verbesserungen konkret ins Haus stehen: mit der Grenzlandförderung bei der Schaffung von drei neuen Arbeitsplätzen und auf der anderen Seite mit der zusätzlichen Bezuschussung von Gewerbe- und auch von Fremdenverkehrskrediten. Hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist gerade eine Förderung der kleineren und mittleren Betriebe in vielen Teilen des Waldviertels und in den strukturschwachen Gebieten schlechthin eine große Hilfe. Der Kollege Kaiser hat zuvor kritisiert, daß das Land Niederösterreich seiner Meinung nach unter Umständen zu wenig für die Industriepolitik tut. Gerade mit der Pro Industrie-Aktion und sonstigen Maßnahmen, wie mit Haftungsübernahmen für

größere Betriebe, bringen wir zum Ausdruck, daß es bei uns keine Teilung von Gewerbepolitik — Industriepolitik gibt, sondern daß Grund für eine gemeinsame allumfassende Wirtschaftspolitik besteht, die sicher noch in den Regionen verschiedene Schwerpunkte hat. Das ist eine Wirtschaftspolitik, die eben entsprechend den Gegebenheiten und Notwendigkeiten gesetzt wird.

Fremdenverkehr. Auch hier, glaube ich, ist in Zukunft für das Waldviertel sicher einiges zu erwarten. Wir freuen uns, daß hier bereits mit Unterstützung des Landes einige belobigende Aktionen gesetzt werden konnten, wenn ich nur an Harbach, Großpertholz, Schloß Rosenau, um nur einige aufzuzählen, denke.

Auf der einen Seite hat auch hier der Bund einiges zu tun, nicht nur in bezug auf die Förderung, ich komme wiederum auf die Steuerpolitik zurück. Sehen Sie, wenn man in die Gemeinde des Kollegen Haufek kommt, nach Heidenreichstein, dann freut man sich immer wieder, wenn man Freunden, die man zu Besuch hat, auch das Wasserschloß zeigen kann. Da mußten wir heuer im Frühjahr feststellen, daß dieses schöne Schloß, das eine Sehenswürdigkeit ist, das jährlich 40.000 bis 50.000 Menschen anlockt, gesperrt wurde. Eine Nachfrage beim Eigentümer, warum man diese Sehenswürdigkeit geschlossen hat, wodurch man praktisch auch den Fremdenverkehr schädigt, mit allen Konsequenzen für den kleineren und mittleren Betrieb, der auch Übernachtungen, der Mittagessen, Jause, Abendessen sicherstellt — man fährt dann nicht mehr hin, weil sich herumgesprochen hat, daß dieses Schloß nicht zu besichtigen ist —, hat ergeben, daß der Anlaß eine Steuerprüfung im Jahre 1979 war, wo die Finanzlandesdirektion festgestellt hat, die Führungen in der Burg Heidenreichstein seien im Sinne des Einkommensteuergesetzes eine Liebhaberei.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn hier eine Einrichtung, die für die Gemeinschaft eine Aufgabe zu erfüllen hat, als Liebhaberei mit allen steuerpolitischen Konsequenzen für den Eigentümer abqualifiziert wird, so kann man persönlich und menschlich verstehen, wenn der Eigentümer die Konsequenz der Schließung zieht, nicht aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man die Konsequenz verstehen, die sich hier einkommensmäßig ergibt, wo man jedem Schilling einzeln nachzulaufen hat, gerade auf einem Gebiet, wo man sich schwerer tut. Hier hätte der Bund auf breiter Ebene die Möglichkeit, sich doch ein bisschen mehr auch um diese schwachen Gebiete zu küm-

mern und die entsprechenden Maßnahmen zu treffen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, die ÖVP-Fraktion Niederösterreich hat gerade für das Sonderprogramm Waldviertel, zu dem wir zur Gänze stehen, immer verlangt, daß hier der Ausbau der Bundesstraßen vorwärts getrieben wird, daß man die Franz-Josefs-Bahn elektrifiziert — wir haben diese Wünsche auf Grund der Entwicklung schon seit langem zum Ausdruck gebracht — und daß man durch die bereits erwähnten Maßnahmen den Erfordernissen am Fremdenverkehrs- und Gewerbesektor sowie auch am Sektor der Landwirtschaft doch etwas mehr entgegenkommt.

Hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir gemeinsam eine Aufgabe übernommen: Die Aufgabe, für unsere Bevölkerung da zu sein, Chancengerechtigkeit nicht nur als Schlagwort zu betrachten, sondern die Politik der Chancengerechtigkeit zu betreiben. Das bedeutet für strukturiert schwache Gebiete, besondere Aktivitäten zu setzen im Einvernehmen mit allen Gebietskörperschaften, Bund, Land und Gemeinden, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir hier kritisch einiges aufzeigen, dann soll kein „Schwarzer Peter“-Spiel betrieben werden — die einen sagen, das Land, die anderen sagen der Bund —, sondern dann sollen hier einige ernste Probleme zum Ausdruck bringen, wo der Hebel anzusetzen ist. Und wenn der Hebel eben auf bundespolitischer Ebene anzusetzen ist, dann kann man nicht sagen, das verschweigen wir, dann muß man diese Dinge aufzeigen, in der Erwartung, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß man auch hier Konsequenzen zieht. Man kann auch nicht sagen, Bund und Land verhandelt, ihr seid auf derselben Ebene, denn die Gebietskörperschaft Bund hat andere rechtliche Kompetenzen, hat andere steuerrechtliche Möglichkeiten und Förderungsmöglichkeiten als das Bundesland Niederösterreich. Da ist keine finanzielle oder kompetenzmäßige Gleichwertigkeit gegeben, ebenso nicht zwischen Land und Gemeinden. Es kann jeder nur auf seiner Ebene Maßnahmen setzen und wir wehren uns dagegen, daß man das Land und den Bund bei allen Förderungen und Aktivitäten gleichsetzt. Das ist eben nicht möglich, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und darum bringen wir zum Ausdruck, daß die erste Verantwortung in diesem Land, auch für die schwachen Gebiete, die strukturmäßig schwachen Gebiete, für das Waldviertel, für die Arbeitsplätze in diesem Gebiet,

eben der rechtlich zuständige Bund hat. Wir werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Möglichstes dazu beitragen; wir haben es in der Vergangenheit bewiesen, wir werden es auch in Zukunft, weil es eben unsere Weltanschauung ist, so halten.

Ich darf daher abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Antrag stellen, die Anfragebeantwortung soll zur Kenntnis genommen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt der Abg. Haufek.

Abg. HAUFEEK: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist in der Demokratie natürlich das legitime Recht der gesellschaftlichen Gruppierung und im besonderen einer politischen Partei, den Menschen durch verschiedene Aktivitäten verständlich zu machen, was sie sich an Maßnahmen, an Überlegungen für die zukünftige Entwicklung hat einfallen lassen. Ich weiß nicht, ob alle Abgeordneten, auch die der ÖVP, sich mit dem zufriedengeben können, was der Herr Landeshauptmann zu den an ihn gestellten Fragen im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzpolitik geantwortet hat. Sicherlich können Sie sagen, das ist nicht meine Sache, ich zerbreche mir nicht meinen Kopf. Ich meine dennoch, daß zumindest jene Abgeordneten unter Ihnen, die Grenzlandmandatäre sind, vor allem die Mandatäre des äußersten Grenzbereiches Waldviertel, eigentlich bei der Abstimmung und das nur im Verständnis der Klubdisziplin den kleinen Finger der Abstimmungshand heben könnten, nicht mehr.

Was steht denn wirklich im besonderen für das Grenzgebiet in dieser Anfragebeantwortung drinnen? „Im übrigen wurden im Einvernehmen mit den regionalen Arbeitsausschüssen regionale Struktur- und Entwicklungspläne erarbeitet. Diese Pläne weisen aus, an welchen Standorten welche Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze bis zum Jahre 1986 geschaffen werden sollten. In den Planungsregionen des Waldviertels wurden Maßnahmenkonzepte für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ausgearbeitet, die konkrete Detailmaßnahmen enthalten. Darin ist unter anderem eine Begünstigung des Grenzlandes bei der Pro-Industrie-Aktion vorgesehen.“ Und dann nach einem Seitenhieb auf den Bund, die gemeinsame Grenzlandförderung wäre wegen des Bundeswiderstandes nicht wirksam geworden. Nun, der Kollege Kaiser hat schon bei seinen Ausführungen gesagt, leichter hätte es sich der Herr Landeshauptmann wirklich nicht machen können, denn wie soll damit dem Grenzland und dem schwierigsten Eaubereich des Grenzlandes, nämlich dem Waldviertel, tatsächlich geholfen werden

können? Ich habe keinesfalls, sehr geehrte Damen und Herren, die Absicht, Fehler und Versäumnisse im Bundesbereich zu übersehen. Die gibt es natürlich, das ist nicht zu bezweifeln. Aber eines muß doch hier festgestellt werden, ebenfalls mit den Worten des Kollegen Kaiser, daß es erst, seit es in diesem Bund die Regierungsverantwortung der Sozialisten gibt, auch echt Überlegungen und echt Maßnahmen zur Abschwächung der Probleme eben in diesen problemreichen Randgebieten dieses Landes gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich meine, es ist mehr als bedauerlich, daß durch gewisse Eifersüchteleien darüber, wer denn nun eigentlich Baumeister der Problemlösung sei — sowohl im Bereich Land—Bund als auch hier in diesem Hause —, aber auch durch bewußtes Abschieben der Verantwortung einfach unnötige Verstimmung und oft sogar, wie ich glaube, ganz bewußt Mißverständnisse erzeugt werden. Wenn immer wieder gesagt wird, das hat der Abg. Mandorff ebenfalls getan, der Bund sei alleine daran schuld, daß die gemeinsame Grenzlandförderung von 100.000 Schilling (50 : 50) pro Arbeitsplatz nicht wirksam wurde. Nun, in der Sitzung des Landtages vom 22. Mai hat Landeshauptmannstellvertreter Ludwig selbst erklärt, in einem Fall hat es die volle Ausschüttung gegeben. Das bedeutet doch, daß es in vielen anderen Fällen zumindest Teilausschüttungen dieser festgesetzten Beiträge gegeben hat. Und ich sage Ihnen hier, wenn es nicht öfter möglich gewesen ist, auf die vollen 100.000 Schilling zu kommen, dann lag das nicht alleine beim Bund, sondern lag es im absoluten Festhalten des Landes an der 300.000 Schilling-Investitions-grenze. Ich habe das in vielen Verhandlungen selbst miterlebt und möchte den zuständigen Beamten des Landes deswegen absolut keinen Vorwurf machen, im Gegenteil. Diese Beamten haben immer wieder mit sehr großem Verständnis versucht, nach anderen Lösungen zu suchen, wenn es darum ging, in echten Extremfällen irgendwie doch helfen zu können. Aber so hat es in sehr vielen Fällen eine Situation gegeben, in der sich einfach das gemeinsame Bemühen im Kreis drehte und es kein Weiterkommen gab, weil in dem Moment, wo sich das Land außer Stande erklärte, in speziellen Fällen etwas nachsichtig zu sein, auch im Bundesbereich keine Bereitschaft, sozusagen keine Möglichkeit mehr dazu bestanden hat. Nachdem nun eindeutig für die gesamte gemeinsame Grenzlandförderung des Waldviertels das Bundeskanzleramt zuständig ist und auch mit Sondermitteln von 50 Millionen Schilling dotiert wurde, das hat der Ministerrat am 24. Juni beschlossen, wird sich ja

nun wirklich zeigen, ob seitens des Landes die Bereitschaft besteht, im Gleichgang mitzugehen. Ich hoffe nur, daß der Landesfinanzreferent, der in seinen Aussagen ja immer sehr besorgt um das Waldviertel ist, auch zur Verwendung dieser besonderen gemeinsamen Grenzlandförderung, beschränkt auf das Waldviertel, stehen wird. Die heutigen Aussagen des Herrn Abg. Mandorff in dieser Frage machen mich dabei allerdings nicht sehr hoffnungsvoll.

Es wird, sehr geehrte Damen und Herren, nun einmal notwendig sein, die Probleme des schwierigsten Grenzgebietes, des Waldviertels, zu lösen. Eine Ausweitung, wie hier gesagt wurde, auf das gesamte Grenzland Niederösterreichs könnte nur bedeuten, daß auch Grenzgebiete der anderen Bundesländer beim Bund dieselben Forderungen erheben. Wir müssen endlich einsehen, daß auch in Niederösterreich Grenzland nicht gleich Grenzland ist. *(Abg. Fidesser: Nein, das wird dazu führen, daß auch andere Regionen einbezogen werden!)* Sicherlich, lieber Freund, sicherlich wird man darüber reden müssen, ob nicht auch andere Grenzgebiete unseres Landes in gleiche oder ähnlich Förderungen einbezogen werden könnten. Ich bitte aber, immer darauf Rücksicht zu nehmen, nur soweit es sich um Grenzgebiete handelt, die mit den gleichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie im Waldviertel vorhanden sind, zu kämpfen haben. Meine Damen und Herren, ich bitte, mich doch ausreden zu lassen, wir machen ja das auch immer auf unserer Seite. Ich kann mir wirklich vorstellen und es ist absolut einzusehen, daß es nach der Klärung des Problembereiches Waldviertel im Waldviertel-Plan auch derartige Pläne und derartige Förderungen für andere Problembereiche unseres Heimatlandes Niederösterreich geben soll.

Ich darf dazu dem Hohen Landtag auch gleich einen Resolutionsantrag vorlegen *(liest)*:

„Resolutionsantrag

des Abg. Haufek zur Anfragebeantwortung durch den Landeshauptmann, betreffend Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, Ltg. Z. 190/1.

Der NÖ Landtag begrüßt den von der Bundesregierung dem Nationalrat vorgelegten Antrag auf Überschreitung des Bundesbudgets in der Höhe von 50 Millionen Schilling für Zwecke der Förderung von Arbeitsplatzgründungen im Waldviertel. Dieser Antrag entspricht einer Vereinbarung, die zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Niederösterreichischen Landesregierung bei einer am 16. Februar 1979 stattgefundenen Be-

sprechung im Bundeskanzleramt über ein Entwicklungsprogramm für das Waldviertel getroffen wurde.

Der Niederösterreichische Landtag ersucht die Niederösterreichische Landesregierung, bei der Bundesregierung dahingehend zu wirken, daß in Zukunft auch für andere niederösterreichische Grenzgebiete mit ähnlichen Strukturschwächen gleiche Förderungsaktionen eingeleitet werden."

(Abg. Ing. Kellner: Das stimmt nicht, weil keine Vereinbarungen getroffen wurden!) Ich darf, sehr geehrte Damen und Herren, auf Grund der hier nun getätigten Einwürfe doch einen Appell an alle Abgeordneten dieses Hauses, an die Abgeordneten der ÖVP und der Sozialistischen Partei richten, auch in ihrem Einflußbereich die Notwendigkeit und die absolute Priorität der Problemlösung im Waldviertel einzusehen und für die Problemlösungen einzutreten. Es muß einfach das Absinken des Waldviertels unter eine bestimmte Linie der Lebensqualität der Menschen verhindert werden. Die absolute Randlage erfordert unorthodoxe Schritte, weil ansonsten die Bekämpfung der Entwicklungshemmnisse nicht mehr möglich ist, so schreibt das Land selbst in seiner Stellungnahme zum ersten gemeinsamen Waldviertelpapier. Und wenn nun das Land dieser Sonderaktion Waldviertel als Teilmaßnahme des kommenden Waldviertelplanes nicht zustimmt, dann stellen Sie sich einfach gegen all das, was Sie bisher in der Öffentlichkeit für das Waldviertel vertreten haben. Es wird sich diese Solidarität in unserem Lande bald zeigen. Verhindern wir einfach, daß Regionen in unserer Heimat immer ärmer werden, und versuchen wir, dazu auch eine gewisse Sprachregelung zu finden.

Am kommenden Samstag wird die Kuranstalt Harbach eröffnet, ein Vorhaben, das auch immer wieder in der Öffentlichkeit belächelt wurde. Nur die Ausdauer, die Zähigkeit einiger weniger in der Propagierung ihrer Idee hat dazu geführt, daß es wahrscheinlich am kommenden Samstag sehr viele Väter dieser Kuranstalt geben wird. Im Bereich der möglichen Entwicklung des Fremdenverkehrs durch diese Kuranstalt gibt es ja noch Überlegungen über die Errichtung eines neuen Fremdenverkehrstypus im Waldviertel, nämlich „Feriendorf“, „Klubdorf“, wie man es nennen will, und dazu auch die Überlegung der Einbeziehung einer gewissen Gesundheitsvorsorge der Schichtarbeiter. Nun, ich werde mir die Landeskorespondenz vom 23. Juni 1980 sehr sorgfältig aufheben, weil sich hier **Landeshauptmannstellvertreter** Ludwig bei der Eröffnung des alten Schüttkastens „A-Hotel Geras" sehr eindeutig vor

diese Maßnahmen gestellt hat. Er hat allerdings nicht von Klubbörfnern gesprochen, nicht von Feriendörfnern, er hat nur das Schichtarbeiterdorf in den Vordergrund gestellt, das auch nur eine Begleitmaßnahme sein sollte. Der Landeshauptmannstellvertreter ist, glaube ich, nicht hier; ich bin überzeugt, daß bei der Eröffnung des ersten dieser Klubbörfner sicherlich auch der Landeshauptmannstellvertreter Ludwig wiederum einer der Väter sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden immer wieder, auch heute ist das geschehen, dem Bund die Ansiedlung von GM in Aspern vor. Kaiser hat im Prinzip schon geantwortet, aber in bezug auf das Waldviertel meine ich, erklären Sie immer wieder und wider besseren Wissens, es klingt ja wirklich sehr schön in den Sonntagsreden draußen, es wäre nützlicher und wertvoller gewesen, die Ansiedlung dieses großen Betriebes im Waldviertel durchzuführen. Ich sage deswegen wider besseren Wissens, weil Sie sich sicherlich ganz im Klaren darüber sind, daß man eben einen Investor letzten Endes nicht zwingen kann, einen bestimmten Standort anzunehmen. (*Abg. Präsident Dipl.-Ing. Robl: Bei der Förderung die der Bund gibt!*) Wenn Sie, Herr Präsident, und Sie alle, meine Herren, in dieser Frage wirklich etwas leichtgläubig sein sollten, auch in bezug auf die Förderung, dann fragen Sie doch den Landeshauptmannstellvertreter Ludwig. Ludwig wird sich erinnern können an ein kurzes Gespräch hier im Nebensaal vor einigen Wochen, bei dem es um Eisert ging. Ich weiß nicht, ob diese möglich gewesene, echt strukturverändernde Betriebsansiedlung im Waldviertel gescheitert ist an der Frage der Drittelkostenbeteiligung des Landes. Ich möchte es nicht annehmen, ich betone das ausdrücklich. Aber jedenfalls ist diese strukturverändernde Betriebsansiedlung daran gescheitert, daß einfach ein primäres Verlangen des Investors nicht erfüllbar war, daß man nämlich das Waldviertel in den 40 Kilometer-Randbereich von Wien setzt und die arbeitslosen Menschen 40 oder 50 Kilometer außer Wien hat. Und der Investor war trotz aller finanziellen Bereitstellungen nicht zu bewegen, abzugehen von dieser Forderung, nicht weiter als 40 bis 50 Kilometer von Wien entfernt. Bitte, das sind die echten Probleme und es wäre ehrlicher und den Menschen unseres Landes dienlicher, gerade in dieser, Romeder hat es heute treffend gesagt, unsere Familien so beeinflussenden Fragen der Arbeitsplatzpolitik etwas sachlicher zu bleiben.

Meine Damen und Herren, man muß sich ja als Waldviertler Abgeordneter förmlich bemühen, nicht verbittert zu werden, wenn man

Reden und Taten in diesem Lande zueinander in Vergleich stellt. Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu. Der 80. Betrieb wird im Industriezentrum Süd, vom Land Niederösterreich verwaltet, dieser Tage seiner Bestimmung übergeben. 4.500 Arbeiter und Angestellte sind dort beschäftigt. Im gleichen Bezirk gibt es 700 Arbeitsplätze, die mangels Arbeitskräften nicht besetzbar sind. Und in Zwettl, beim Kollegen Bernkopf, in Zwettl, beim Kollegen Romeder, hat es im gleichen Zeitraum Mai 1980 noch immer 5,1% Arbeitslosenrate gegeben. Der Durchschnitt in Niederösterreich war 1,7%. Und nun, meine wirklich sehr ernst gemeinte und echte Frage an den Herrn Landeshauptmann: Warum nur die Industriezone Süd, warum nur die Industriezone Wolkersdorf? Und warum, Herr Landesfinanzreferent als oberster Raumplaner, keine Industriezone des Landes im traditionellen Industrieverband Gmünd — Heidenreichstein — Groß Siegharts? Sicherlich sind auch dort oben seit ein oder zwei Jahren Industriezonen in Planung und im Bau begriffen, aber nicht durch das Land, sondern durch die Initiativen der einzelnen Gemeinden, die bei einer ganz eminenten Verschuldung ihres Budgets auf notwendige andere infrastrukturelle Maßnahmen verzichten müssen. Und so sind eben dort oben die Menschen, die Gemeinden, einfach in der Phase dieses verunglückten gemeinsamen Landes- und Bundespapiers Waldviertel-Plan im Vorjahr zur Selbsthilfe geschritten. An Aktivitäten hat es auch den regionalen Entwicklungsausschuß Waldviertel in der Bildung gegeben, wo wir auf der Plattform der Sozialpartnerschaft nach Möglichkeit gesucht und die sich uns bietenden Möglichkeiten auch wahrgenommen haben, um mit dem Institut für Raumplanung im direkten Kontakt mit der betroffenen Bevölkerung, nicht nur vom Schreibtisch aus, an diesem Papier Waldviertel-Plan mitzuarbeiten. Und nicht wenig von dem, was wir zwischenzeitlich in den Regionalplänen der Raumplanung des Landes sehen konnten, was auch in der interministeriellen Beratung am 13. Juni vorgelegen ist und was nun endgültig die politische Entscheidung zwischen Land und Bund sein wird und Land und Bund vorbehalten bleiben wird, hat eben Grundlagen in den Aktivitäten und Überlegungen der Waldviertler selbst und hat seinen Niederschlag gefunden natürlich in den vielen Gesprächen, die es zwischen Land, Bund, Institut und regionalem Entwicklungsausschuß gegeben hat. Nach einem wie ich schon erwähnt habe, verunglückten Versuch im Vorjahr liegt ja nun die Arbeit des Institutes für Raumplanung vor und die mit dieser Arbeit koordinierten Er-

gebnisse der niederösterreichischen Raumplanung werden bei gutem Willen auch zu Lösungen im Grenzland wesentlich beitragen.

Werte Damen und Herren, wenn ich zuerst von der gemeinsamen Findung einer Sprachregelung gesprochen habe, dann möchte ich auch den Einwand des Kollegen Romeder nicht unbeantwortet lassen bezüglich der Burg Heidenreichstein. Leider hat uns der Besitzer Graf Kinsky im Februar ganz plötzlich mitgeteilt, er wäre nicht mehr bereit, für das Jahr 1980 die Burg der Öffentlichkeit zur Besichtigung freizugeben, natürlich zu einem gewissen Grad auch aus steuerlichen Überlegungen. Aber das trifft nicht nur die Burg Heidenreichstein, das trifft alle Burgen, die außerhalb dieses Besitztumes auch einen wirtschaftlichen Betrieb mitführen, etwa wie in diesem Fall die Teich- und Waldwirtschaft. Da gibt es natürlich steuerliche Probleme, die ja auch zu einer Lösung im Finanzministerium anstehen, weil bereits, wie ich informiert bin, vom Niederösterreichischen Burgenverband und auch seitens des Landes hier Gespräche geführt werden. Aber wesentlich ist noch etwas anderes, daß nämlich der Besitzer nicht mehr bereit ist, ganz gleich, wie man ihm helfen könnte, die Burg zur Besichtigung freizugeben, weil es ihm passiert ist — ich sage das, obwohl es sehr beschämend ist nicht nur für die Heidenreichsteiner, das sind die wenigsten, die diese Burg besichtigen, sie kennen sie, aber für alle anderen Besucher —, daß man einfach alles festnageln mußte, um zu verhindern, daß diese Burg ihres Inventars, von großen Dolchen und Pistolen angefangen, beraubt wird und daß man einfach bei einem noch vertretbaren Besucherpreis nicht mitgekommen ist, auch die nötigen Begleitpersonen beizustellen und einer Gruppe von 30 Personen vielleicht drei Beobachter beizugeben.

(Zweiter Präsident Binder übernimmt den Vorsitz.)

Es ist auch noch verschwiegen worden, daß es natürlich Bestrebungen gibt, diesem Burgbesitzer zu helfen, und daß einfach heuer die Notwendigkeit bestanden hat, die Burg zu schließen, weil wir auf Grund dieser ORF-Matinee in der Burg Heidenreichstein feststellen mußten, daß es die elektrischen Leitungen nicht mehr aushalten, größere Anlagen einzuschalten, und es fast zu einem Brand gekommen wäre. Wir mußten umschalten auf andere Stromquellen, das ist ebenfalls ein wesentlicher Grund. Und ich bitte, auch hier bei der Wahrheit und bei der richtigen Sprachregelung zu bleiben.

Ich glaube überhaupt, wir machen es uns einfach zu leicht. Es klingt ja ganz gut, was hier im Hohen Haus sehr oft gesagt wird, daß

an die Glaubwürdigkeit der Politik, an die gesellschaftliche Verpflichtung, an die politische Moral und an das Recht auf Arbeit in allen Landesteilen appelliert wird. Ich muß Ihnen, der Mehrheit in diesem Haus, schon sagen, man würde Ihnen gerne und leicht Erfolge zuschreiben, wenn Sie auch oft zu diesen Maßnahmen, die gesetzt werden, von uns gedrängt wurden. Sie werden aber auch versuchen müssen — es wurde hier schon einmal gesagt —, endlich einmal glaubwürdig in Ihren Aussagen zu bleiben, und Sie werden, vergessen Sie das nie, die Hauptverantwortlichen in diesem Lande sein für all das, was negativ ist, für all das, was danebengeht und für das, was alles an Notwendigem für dieses Land und seine Menschen nicht geschieht. Einer der Herren Abgeordneten, ich glaube, es war der Herr Abg. Bernau, hat sich zum Abschluß seiner Rede ein Zitat ausgeborgt; ich erlaube mir, es ebenfalls zu verwenden, und es möge vielleicht zu einem Leitmotiv unseres gemeinsamen Handelns hoffentlich auch für unser Waldviertel werden: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ (Beifall bei der SPÖ.)

ZWEITER PRÄSIDENT BINDER: Als nächster Redner ist der Abg. Auer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. AUER: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mir erlauben, doch ein paar Worte zu meinen Vorrednern, den Kollegen Kaiser und Haufek, zu sagen. Der Kollege Kaiser hat sich wieder einmal bemüht gefühlt, als niederösterreichischer Abgeordneter das Wiener Projekt General-Motors hier in diesem Hause zu verteidigen. Grundsätzlich, glaube ich, sind wir uns darüber einig, daß jede Initiative, die neue Arbeitsplätze schafft, zu begrüßen ist. Ich habe das von dieser Stelle schon einmal gesagt, ich möchte das noch einmal sagen. Was aber nicht heißt, daß man auch mit dem Standort einverstanden sein muß. Als niederösterreichischer Abgeordneter kann man das, so würde ich meinen, ganz einfach nicht. Man kann auch, so glaube ich, mit dieser abenteuerlichen Förderungspolitik nicht einverstanden sein, weil es Beispielfolgen bringen wird, wenn man schon der Meinung ist, und die sozialistische Fraktion wird ja dieser Meinung sein, daß man den weltgrößten Unternehmer 2,6 Milliarden Schilling an nichtrückzahlbarer Förderung geben muß und darüber hinaus noch einige andere Dinge.

Das Projekt General-Motors mit seinem Standort in Wien ist, so würde ich meinen, ein Prestigeobjekt des Herrn Bundeskanzlers. Wir erinnern uns alle, er hat ja Schiffbruch

erlitten mit seinem Austro-Porsche-Projekt, er hat Schiffbruch erlitten mit dem Chrysler-Projekt; nachdem aber ein Autowerk her muß, haben wir halt zu allen Bedingungen das General-Motors-Werk nach Wien gebracht. Ich glaube, daß diese Art der Förderung eines ausländischen Multikonzerns, des größten Unternehmers der Welt, eine Diskriminierung der österreichischen und auch der niederösterreichischen Unternehmen bedeutet und damit auch eine Diskriminierung der niederösterreichischen Arbeitnehmer. Denn schön langsam, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sickert ja durch, welche Art von Verträgen hier abgeschlossen worden ist, welche Zusagen hier gemacht worden sind, welche horrenden Beträge in dieses Prestigeobjekt gesteckt werden. Es wird immer soviel von den Zulieferungsverträgen und ähnlichen Dingen mehr gesprochen. Na, heute wissen wir auch, wie es mit diesen Zulieferungsverträgen aussieht, nämlich so, daß die österreichischen Unternehmer nicht nur billiger sein müssen als die anderen, sie müssen besser sein und billiger sein als alle anderen, weil man wohlweislich den General-Motors zugesichert hat, zollfrei aus allen Regionen die Zulieferungsprodukte einzuführen. Ich glaube, daß der Vertrag mit General-Motors ein sehr einseitiger Vertrag war, daß dieser Vertrag nicht ausgehandelt wurde zwischen der Bundesregierung und General-Motor, sondern daß dieser Vertrag von General-Motors ganz einfach diktiert worden und von der Bundesregierung ungeschaut zur Kenntnis genommen worden ist.

Der Kollege Kaiser hat gemeint, daß es nicht verboten ist, im Land Niederösterreich Maßnahmen zu setzen, die die Wirtschaft fördern. Ich bin durchaus seiner Meinung. Ich halte diese seine Aussage für sehr richtig, das Land Niederösterreich beweist das ja auch. Ich möchte aber doch hinzufügen, daß es auch nicht verboten ist, ganz im Gegenteil, daß es unsere Aufgabe ist, den zuständigen Bund auf seine Verpflichtungen gegenüber dem Land Niederösterreich aufmerksam zu machen und dafür zu sorgen, daß er diesen Verpflichtungen auch nachkommt. Und wie sich zeigt, haben die ständigen Bemühungen der niederösterreichischen Landesregierung und der ÖVP-Fraktion in diesem Hause — Sie haben sich ja diesen Bemühungen nie anschließen können — den Bund auf seine Verantwortung gegenüber Niederösterreich aufmerksam zu machen, auch langsam Erfolg. Und dieser kleine Erfolg wird uns ermuntern, unsere Bemühungen fortzusetzen. Wir werden diese Bemühungen auch fortsetzen, wenn Sie uns dabei nicht unterstützen, meine verehrten Damen und Herren von der sozialistischen Frak-

tion. (Abg. Stangl und Abg. Lechner: Interessant ist das!)

Zu den Landeshaftungen vielleicht noch ein Wort, auch der Kollege Kaiser hat es angeschnitten, nämlich zu den Landeshaftungen, die auch Auffangfunktionen erfüllen sollen. Die Kommission für Industriepolitik wurde einberufen, die Vorschläge unsererseits werden dort vorgelegt und werden zur Diskussion gestellt. Selbstverständlich. Aber ich würde anregen, daß die sozialistische Fraktion ihre Vorstellungen in diesem Zusammenhang vielleicht doch noch einmal überdenkt, (Abg. Kaiser: Haben wir schon gemacht!) denn die jetzigen Vorlagen der sozialistischen Fraktion sind keineswegs geeignet, eine Erneuerung von in Schwierigkeiten geratenen Betrieben durchzuführen. Ganz im Gegenteil, sie versteinern die Struktur. Ich habe es in meiner letzten Rede schon gesagt und darf es noch einmal sagen, eine sehr, sehr konservative Auffassung von einer Wirtschaftspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Kollege Kaiser hat gemeint — wenn ich das nicht richtig verstanden habe, bitte mich gleich von der Bank aus zu korrigieren —, daß nach einer Umfrage 90 von 1.000 Klein- und Mittelbetrieben, (Abg. Kaiser: 90 Prozent!) bitte schön, daß 10% der in Konkurs gegangenen Klein- und Mittelbetriebe heute noch existieren könnten, noch leben könnten, wie sich der Kollege Kaiser ausgedrückt hat. Ich bin der Meinung, Kollege Kaiser, daß noch viel mehr als 10% leben könnten, wenn sie nicht durch die Belastungen der Bundesregierung ruiniert worden wären. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht ein ganz ein kurzes Wort (Abg. Kaiser: Bitte den *Maiappell* zu lesen!) zum Kollegen Haufek. Der Kollege Haufek hat von einer großen Grenzlandförderung gesprochen und in diesem Zusammenhang von den Schwierigkeiten, die entstanden sind durch die Säumigkeit des Bundes, die 50.000 Schilling zuzuschießen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muß, glaube ich, objektiverweise hier sagen, daß der Bund gar nicht in der Lage ist, in allen Fällen diese 50.000 Schilling zuzuschießen, weil das Gesetz dem entgegensteht, weil das Arbeitsmarktförderungsgesetz nur für ganz bestimmte Aufgaben Zuschüsse garantiert. Und was über das Gesetz hinausgeht, ist eben nicht machbar. Nur habe ich schon vor einem halben Jahr, ich glaube bei der Budgetdebatte, angeregt, die Bundesregierung sollte doch entweder das Arbeitsmarktförderungsgesetz so sanieren, daß diese Vereinbarung mit dem Land Niederösterreich eingehalten werden

kann, oder aus anderen Bereichen Mittel zur Verfügung stellen. Heute haben wir gehört, daß der Bund 50 Millionen Schilling auch für diesen Zweck bereitstellt, mit der Einschränkung auf das Waldviertel. Nun wird mir sicher niemand unterstellen, daß ich etwas gegen das Waldviertel zu sagen hätte. Aber ich darf schon darauf aufmerksam machen, daß die Vereinbarung dieser großen Grenzlandförderung, wie wir sie bezeichnen, 50.000 Schilling Land — 50.000 Schilling Bund, für das Grenzland abgeschlossen worden ist und nicht speziell für das Waldviertel, also für das gesamte Grenzland. Ich darf mir doch gestatten, darauf hinzuweisen. Wenn die Bundesregierung jetzt auf einmal davon nichts mehr hören will, daß das Weinviertel ebenfalls damit zu beteilen ist, dann ist das doch eher eine sehr unseriöse Politik. Der Vertrag wurde für das Grenzland geschlossen und ich würde doch meinen, daß ein Vertrag, auch wenn er mit Handschlag oder mündlich oder durch Briefwechsel zustandekommt, eingehalten werden soll. Denn Vertragstreue, Kolleginnen und Kollegen, ist doch einmal eine grundsätzliche Voraussetzung, daß man überhaupt mit jemandem zusammenarbeiten kann. Daher jawohl, große Grenzlandförderung, 50.000 Schilling Land — 50.000 Schilling Bund, aber nicht nur für das Waldviertel, sondern so, wie die Vereinbarung lautet, für das Grenzland. Damit nehmen wir dem Waldviertel nichts weg und ich kann mir nicht vorstellen, Kollege Haufek, daß Du etwas dagegen hast, wenn wir dem Waldviertel nichts wegnehmen, aber den Kollegen im Weinviertel etwas geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun noch ein paar Anmerkungen. Wenn wir heute über die wirtschaftliche Situation Niederösterreichs diskutieren, dann gibt es sicherlich darüber keinen Zweifel, daß Niederösterreich im globalen gesehen Anschluß gefunden hat an die anderen Bundesländer, was ja nicht immer der Fall war. Wir sind uns selbstverständlich auch darüber im Klaren, daß manche Regionen, manche Bereiche, nicht Schritt halten konnten, daß sie von der Entwicklung, die sehr dynamisch in den letzten zehn fünfzehn Jahren vor sich gegangen ist, überrollt worden sind. Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, daß manche Branchen, manche Betriebe Anlaß zur Sorge geben. Diese Bereiche stehen heute zur Diskussion, sie sind schon sehr ausführlich diskutiert worden. Wenn wir heute — auch das ist vom Kollegen Kaiser, glaube ich, zum Ausdruck gebracht worden — auch in Niederösterreich in einem relativen Wohlstand leben, das sei natürlich zugegeben und ist ja

überall feststellbar, so nicht deshalb, Kollege Kaiser, weil die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung so gut ist, sondern ganz einfach deshalb, weil die niederösterreichische Bevölkerung, Kollege Krenn, sich diesen Wohlstand durch Fleiß, durch Einsatz und Können selbst erarbeitet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir werden uns in diesem Hause dagegen wehren, daß dieser von der niederösterreichischen Bevölkerung erarbeitete Wohlstand durch eine zunehmende Belastungspolitik seitens der Bundesregierung, durch Steuern und steuerähnliche Abgaben, abgeschöpft wird. Zur Zeit des Liberalismus vor etwa 100 Jahren wurde die Bevölkerung, so kann man das nachlesen, von Industriekapitänen ausgebeutet. Die Zeiten ändern sich. Die Nachfolger jener, die damals gegen die Ausbeutung aufgetreten sind, die damals gegen diese Ausbeutung gekämpft haben, sitzen heute auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren, und praktizieren eine neue Form der Ausbeutung durch immer neue, durch immer höhere Steuern und Abgaben. Ich glaube, man kann ruhig sagen, heute sitzen die Ausbeuter nicht am Unternehmersessel, heute sitzen die Ausbeuter auf der Regierungsbank. Als Beispiel darf ich vielleicht ganz kurz anführen: 1960 hat ein Industriearbeitnehmer noch 86% seines Bruttolohnes auch netto ausbezahlt bekommen. Im Jahre 1975 waren es nur mehr 80,5%, im Jahre 1978 waren es nur mehr 75,4% und im Jahre 1979 hat ein Industriearbeitnehmer nur mehr 74,7% seines Bruttoverdienstes auch netto ausbezahlt bekommen. Ein Abfall um 12%!

Dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren kommt die Inflation. Der Kollege Kaiser hat sich gebrüstet, wie gut Österreich voriges Jahr gelegen ist. Er hat wohlweislich nicht davon gesprochen, wie es jetzt ausschaut, er wird es schon gewußt haben, warum er das nicht gemacht hat. *(Abg. Kaiser: Auch hier liegen die Ziffern vor!)* Zu Jahresbeginn hat die Inflation bei uns zum Trabben angefangen, jetzt sind wir bereits beim Galopp! Wir haben über 6% Inflationsrate in Österreich. Es ist keinerlei Befriedigung, meine Damen und Herren, wenn der Arbeitnehmer immer mehr auf die Hand kriegt, wenn er sich aber darum immer weniger kaufen kann. Und Fachleute, egal welcher Couleur, sagen heute, daß es unbestritten ist, daß wir im Jahre 1980 einen echten realen Einkommensverlust werden hinnehmen müssen.

Als weiterer Beweis der Belastung, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur zwei Zahlen. Die Lohnsteuereinnahmen, das kann

man überall nachlesen, des Finanzministers sind seit dem Jahre 1970 um sage und schreibe 345% gestiegen. Ich möchte einen Arbeitnehmer kennen, der in den letzten zehn Jahren eine Lohn- oder Einkommenssteigerung um 345% gehabt hat. Ich glaube, wir haben die Aufgabe, und dazu sind wir ja schließlich und endlich auch gewählt worden, daß wir uns dagegen wehren, daß den Arbeitnehmern bereits 42% des erarbeiteten Lohnes und Gehaltes durch Steuern und steuerähnliche Abgaben weggenommen werden. Das bedeutet, daß jeder Arbeitnehmer zwei Tage in der Woche für den Staat zu arbeiten hat und nur den Verdienst von drei Tagen für seine eigenen Bedürfnisse verwenden kann. Und das alles unter dem Titel der Arbeitsplatzsicherung. Durch diese Abschöpfungspolitik ist das Gegenteil der Fall. Abschöpfung an Kaufkraft bedeutet eine Gefährdung der Arbeitsplätze, schadet der Wirtschaft insgesamt und, Kollege Haufek, den Problemgebieten in Niederösterreich im besonderen.

Ja, nicht damit genug, immer neue Steuerideen werden geboren, man redet von einer Quellensteuer, die in Diskussion ist zwischen Bundeskanzler und Finanzminister die im Fernsehen auch diskutiert wird. Man weiß, daß diese Quellensteuer natürlich die kleinen Sparer ganz besonders belasten wird, die Millionäre haben ja kein Sparbuch, die flüchten nach wie vor in Realwerte, wo man ja auch heute noch in Österreich sehr gewinnbringend sein Geld anlegen kann. Leidtragende sind die Massen, natürlich jene, die ihren Notgroschen auf die Bank legen, auf das Sparbuch legen. Und das von einer sozialistischen Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist wieder ein Beweis dafür, daß sozialistisch keineswegs gleichzusetzen ist mit sozial. Ebenfalls in Diskussion ist die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes bei Strom von 8 auf 18%. Ich darf ganz kurz darauf hinweisen, daß das natürlich bedeutet, daß die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe gegenüber dem Ausland gefährdet ist, daß natürlich die Arbeitsplätze dadurch nicht gerade gesichert werden. Die Belastung der Arbeitnehmer ist natürlich eine zweifache, als Eigenverbraucher und natürlich auch als Konsument.

Im sozialistischen Lager ist man sich noch nicht einig darüber, welche dieser beiden Abgaben eingeführt werden soll. Na, ich brauche mich sicher nicht als Prophet betätigen, wenn ich Ihnen heute sage, daß solange geredet wird und solange gestritten wird, bis ein Kompromiß gefunden wird und dieser Kompromiß wird bedeuten, daß man beide Steuern einführen wird, daß man sowohl den

Strom mit 18% als auch die Sparbücher mit 20 oder 30% belasten wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sicherlich keine soziale Maßnahme, schon eher eine sozialistische Maßnahme.

Einige Sätze, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie mir gestatten, zu einem Bereich, der uns immer größere Sorge macht. Auch der Kollege Kaiser hat davon gesprochen, allerdings hat er die Dinge so hingestellt, als wenn in diesem Bereich alles in Ordnung wäre. Er hat gemeint, daß sich die Arbeitsplätze hier noch sehr stark aufwärts entwickeln. Ich meine die verstaatlichte Industrie, die Betriebe der verstaatlichten Industrie in Niederösterreich. Da sind natürlich zwei Bereiche; Die Österreichische Mineralölverwaltung, die Über Gewinne nicht zu klagen braucht, und die anderen verstaatlichten Betriebe, die keineswegs auf Rosen gebettet sind und samt und sonders unter einer schlechten Gewinnsituation leiden. Als Niederösterreichischer Landtag, glaube ich, sind wir verpflichtet, die Eigentümervertreter, nämlich die Bundesregierung, aufzufordern, ihrer Verpflichtung diesen verstaatlichten Betrieben gegenüber nachzukommen. Und wir glauben, daß die Bundesregierung verpflichtet ist, als Eigentümervertreter diesen Betrieben die nötige Kapitalbasis zu geben, damit der Bestand dieser Betriebe und die Weiterentwicklung dieser Betriebe gewährleistet ist, damit die Arbeitsplätze gesichert werden, auch in Zukunft, und die wirtschaftliche Substanz dieser Betriebe erhalten bleibt. Wir glauben aber auch, daß diese verstaatlichten Betriebe eine volkswirtschaftliche Aufgabe weit über ihren eigenen Rahmen hinaus zu erfüllen haben. Wir glauben nämlich, daß aus der verstaatlichten Industrie für die Problemgebiete in diesem Bundesland doch Ausstrahlungen wirksam werden sollen, die für neue Impulse in diesen Problemgebieten sorgen, sei es nun durch Zulieferungsaufgaben oder sei es durch eine Erweiterung der eigenen Industrie. Wir glauben, daß es notwendig ist, daß wir die Bundesregierung anhalten, diese Betriebe so zu führen, daß es nicht notwendig ist, wie das zum Beispiel in Berndorf der Fall ist bei der VMW, daß ein vollkommener Aufnahmestopp für die Angestellten gesetzt worden ist und daß ein vollkommener Aufnahmestopp für weibliche Arbeiterinnen gesetzt worden ist. Ich bin durchaus der Meinung, daß natürlich bei der Beschäftigungspolitik auch soziale Kriterien berücksichtigt werden sollten; wir haben aber kein Verständnis dafür, daß durch einen generellen Aufnahmestopp die Frauen insgesamt in diesem Bereich von der Arbeit ausgeschlossen werden,